



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 13
Dienstag, 13. November 2007
17:05 - 19:22 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 27.11.07 (Zirkulationsweg)

Vorsitz:	Alfred Tappolet	SVP
Protokoll:	Gabriele Behring-Hirt	
Stimmzähler:	Theresia Derksen Mariann Keller (Ersatzstimmzählerin)	CVP SP
Anwesend:	Von total 50 Mitgliedern: Ratspräsident und 45 Mitglieder	
Entschuldigt: Ganze Sitzung:	Rolf Amstad Wilhelm Hefti Susanne Kobler Daniel Preisig	SP SP SVP SVP
Schluss der Sitzung:	Jaqueline Lagler Rainer Schmidig	SP EVP

BEHANDELTE TRAKTANDEN

1	VdSR Neubau Doppelkindergarten Hauental	Seite 396
2	Postulat Marianne Schwyn (SP): Verbindlicher Minergie-Standard für öffentliche Bauten und Förderung der Minergie-Bauweise bei privaten Bauten	Seite 405
3	Motion Dr. Raphaël Rohner (FDP): Sport- und Freizeitanlagenkonzept für die Stadt Schaffhausen	Seite 415

PENDENTE GESCHÄFTE

EINGANG	TITEL DES GESCHÄFTES	
11.04.07	SPK Parlamentsreform – Überwiesene Motion Peter Neukomm (SP): Aufwertung der Parlamentsarbeit	SPK
08.05.07	VdSR Abgabe der Liegenschaft „Logierhaus“ auf GB Nr. 5736 im Baurecht an die International School of Schaffhausen	SPK
03.07.07	VdSR Totalrevision der städtischen Polizeiverordnung	SPK
05.07.07	Postulat Martin Egger (FDP): Schluss mit der Sankt-Florian-Politik – Entscheid Ersatz Trolleybus jetzt	
24.07.07	VdSR Pilotphase zu den Motionen Othmar Schwank „Verteilung und Anerkennung von Sozialarbeit“ und Iren Eichenberger „Finanzielle Leistungen für pflegende Angehörige“	SPK
14.08.07	Interpellation Martin Roost (parteilos): Schulpolitik und Schulraumplanung	
14.08.07	VdSR NASPO Schweizersbild/Hallensportzentrum: Investitionsbeitrag, wiederkehrende Betriebsbeiträge, Baurechtsabgabe und Kunstrasenspielfeld „Schweizersbild II“	SPK
18.09.07	VdSR Gestaltung Freier Platz	SPK
18.09.07	VdSR Teilnahme der Stadt Schaffhausen an der Internationalen Gartenbauausstellung IGA 2017 und Genehmigung Rahmenkredit	SPK
14.09.07	Interpellation Edgar Zehnder (SVP): Aufgaben und Nutzen der städtischen Wirtschaftsförderung	
18.09.07	Postulat Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP): Schaffung von Einsatzplätzen für Zivildienstleistende in der städtischen Verwaltung	
18.09.07	VdSR Vergabe der städtischen Parzelle GB Nr. 21'909, Thayngerstrasse, im Baurecht	GPK
19.09.07	VdSR Voranschlag 2008 der Einwohnergemeinde Schaffhausen	GPK
16.10.07	VdSR Abgabe der Liegenschaft Hintersteig 9 im Baurecht	GPK
16.10.07	VdSR Verordnung über das Dienstverhältnis und die berufliche Vorsorge des Stadtrates	SPK
02.10.07	Postulat von Christoph Lenz (AL)/Oliver Mank (SVP): „Energistadt Schaffhausen – vermehrte Nutzung der Photovoltaik	
29.10.07	Postulat Christoph Lenz (AL): Ersetzung der Gaslaternen durch CO2 emissionsarme Beleuchtung	
30.10.07	Motion Christa Flückiger (SP): Schulsozialarbeit „flächendeckend in der Stadt Schaffhausen“	
06.11.07	VdSR Zusammenschluss der Gemeinde Hemmental mit der Stadt Schaffhausen	SPK
06.11.07	VdSR Projektentwicklung Areal Bleiche: Landverkauf aufgrund Zuschlagsentscheid Investorenwettbewerb	SPK

2007 Kleine Anfragen:

14	Christa Flückiger (SP)	Offizielle Stellplätze für Wohnmobile in der Stadt Schaffhausen	21.08.07
15	Peter Neukomm (SP)	Zukunft nach WoV in der Stadt Schaffhausen	25.10.07
16	Dr. Raphaël Rohner (FDP)	Ungeeignete Gefässe/Körbe für die Grünabfuhr?	

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 VdSR Neubau Doppelkindergarten Hauental

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Vorlage des Stadtrates vom 24. Juli 2007 mit den geänderten Anträgen der Spezialkommission und des Stadtrates vom 13. November 2007 mit **42 : 0 Stimmen** wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 24. Juli 2007 und vom Antrag der SPK „Neubau Doppelkindergarten Hauental“ und des Stadtrates betreffend Neubau des Doppelkindergartens am Standort Hauental vom 13. November 2007.

2. Der Grosse Stadtrat stimmt dem Bauvorhaben Doppelkindergarten Hauental zu und bewilligt dafür einen Nettokredit von Fr. 1'137'225.-- (Bruttokredit von Fr. 1'315'000.-- abzüglich Kantonsbeitrag von Fr. 177'775.--).

Die Baukosten basieren auf dem Zürcher Index der Wohnbaupreise vom 1. April 2007 = 106.2 Punkte (Basis: April 2005 = 100 Punkte).

3. Der Beschluss ist nach Art. 10 lit d Ziff. 2 der Stadtverfassung der Einwohnergemeinde zur Abstimmung zu unterbreiten.

Traktandum 2 Postulat Marianne Schwyn (SP): Verbindlicher Minergie-Standard für öffentliche Bauten und Förderung der Minergie-Bauweise bei privaten Bauten

Das Postulat wird von der Postulantin Marianne Schwyn (SP) begründet, von SR Peter Kämpfer beantwortet und im Rat diskutiert.

Das Postulat wird auf Wunsch der Postulantin und ohne Gegenantrag in eine Interpellation umgewandelt.

**Traktandum 3 Motion Dr. Raphaël Rohner (FDP): Sport- und
Freizeitanlagenkonzept für die Stadt Schaffhausen**

Die Motion wird vom Motionär Dr. Raphaël Rohner (FDP) begründet, von SR Peter Kämpfer beantwortet und im Rat diskutiert.

Der Grosse Stadtrat erklärt in der Schlussabstimmung die Motion mit **42 : 0 Stimmen** erheblich.

BEGRÜSSUNG

Der **Ratspräsident, Alfred Tappolet (SVP)**, eröffnet die Ratssitzung Nr. 13 mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, der Frau Stadträtin, des Herrn Stadtpräsidenten, der Herren Stadträte, der Medien sowie des Gastes auf der Tribüne.

MITTEILUNGEN DES RATSPRÄSIDENTEN:

Wegen Abwesenheit des Stimmzählers Rolf Amstad (SP) wird Mariann Keller (SP) als Ersatzstimmzählerin bestimmt.

Die von Christoph Lenz (AL) mit Datum 29.10.07 eingereichte Motion "Ersetzung der Gaslaternen durch CO2-emissionsarme Beleuchtung" wurde vom Ratspräsidenten der Stadtkanzlei zur Überprüfung der Motionswürdigkeit übergeben. Die Antwort des Juristen haben der Motionär sowie die Fraktionspräsidenten erhalten. Somit wird dieser Vorstoss auf der nächsten Traktandenliste erscheinen. Der Motionär hat sich bereit erklärt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Alfred Tappolet (SVP) bittet die Anwesenden, dies auf dem Vorstoss zu korrigieren.

Die Ratsmitglieder haben erhalten bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- VdSR Zusammenschluss der Gemeinde Hemmental mit der Stadt Schaffhausen vom 06.11.07. Dieses Geschäft wird an der nächsten Bürositzung zur Vorberatung zugewiesen.
- VdSR Projektentwicklung Areal Bleiche: Landverkauf aufgrund Zuschlagsentscheid Investorenwettbewerb vom 06.11.07. Dieses Geschäft wird ebenfalls an der nächsten Bürositzung zur Vorberatung zugewiesen.
- SPK Neubau Doppelkindergarten Hauental: Veränderte Anträge zu VdSR vom 24.07.09
- Botschaft des Stadtrates an den Grossen Stadtrat zum Voranschlag 2008 vom 18.09.07
- Kleine Anfrage Nr. 16/2007, Dr. Raphaël Rohner (FDP): Kleine Anfrage "Ungeeignete Gefässe/Körbe für die Grünabfuhr?" vom 08.11.07
- Postulat Christoph Lenz (AL): Ersetzung der Gaslaternen durch CO2-emissionsarme Beleuchtung vom 29.10.07
- Sitzungsgeldabrechnung der Periode 01.11.06 bis 31.10.07
- Einladung zur Infoveranstaltung mit dem Einwohnerrat Neuhausen im Zusammenhang mit der SPK *VdSR Teilnahme der Stadt Schaffhausen an der Internationalen Gartenbauausstellung IGA2017 und Genehmigung Rahmenkredit* am Mittwoch, 28.11.07, 18.00 Uhr, im Vortragsraum Museum

zu Allerheiligen, Parterre

Personelle Veränderungen in folgenden SPK:

- VdSR NASPO Schweizersbild/Hallensportzentrum:
Rolf Amstad (SP) wird durch Christa Flückiger (SP) ersetzt
- VdSR Parlamentsreform:
Urs Tanner (SP) wird durch Christoph Lenz (AL) ersetzt
- VdSR Totalrevision der städtischen Polizeiverordnung:
Urs Tanner (SP) wird durch Peter Möller (SP) ersetzt

PROTOKOLL

Das Protokoll Nr. 12 wurde vom Büro geprüft und genehmigt. Es liegt bei der Ratssekretärin zur Einsichtnahme auf. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

Traktandum 1 VdSR Neubau Doppelkindergarten Hauental

Der **Ratspräsident** informiert, dass Andres Bächtold (SP) bei diesem Geschäft in den Ausstand tritt, weil er direkt in den geplanten Neubau des Kindergartens involviert ist.

Edgar Zehnder (SVP)

SPK-Bericht

„Heute - am 13. November - findet die 13. Ratssitzung statt, aber zum Glück ist heute Dienstag und nicht Freitag. Ich hoffe, dass heute die unbestrittene Vorlage gut im Rat aufgenommen wird. Trotzdem erlaube ich mir, anschliessend auf einige Diskussionspunkte in der SPK einzugehen. Ich werde die Vorlage selbst nicht mehr kommentieren, weil ich auch davon ausgehe, dass Sie alle die Unterlagen studiert haben.“

Am 24.09.07 konnte eine 9er SPK in einer Sitzung die Vorlage Doppelkindergarten Hauental behandeln. Mein Dank geht an SR Peter Kämpfer (Belange Baureferat) und SR Urs Hunziker (Belange Schulreferat) sowie an die Herren Witzig und Waldvogel für die gute Vorbereitung und an Susanne Kummer für das ausführliche und prompte Protokoll.

Im Rückblick muss angemerkt werden, dass dem Bau des Doppelkindergartens Hauental bereits eine Serie von 5 Doppelkindergärten vorausgegangen war. Diese Bauten sind damals aus einem Wettbewerb als bestes Projekt hervorgegangen; so erhalten wir mit der Neuvorlage einen Doppelkindergarten im Hauental, der den bestehenden Kindergärten Kessel, Spiegelgut, Eschengut, Neubrunn und St. Peter entspricht.

Die bisher im Hauental bestehende unbefriedigende Mietlösung genügt weder schulisch, noch finanziell den heutigen Qualitätsansprüchen. Darin war sich die Kommission einig. Mit dem sinnvollen Neubau des Doppelkindergartens im Hauental wird der Anspruch der Grundstufentauglichkeit erfüllt, damit die Lehrpersonen in

Zukunft diesen Anforderungen entsprechend unterrichten können. Der gewählte Standort ist zwar eher suboptimal, würde sich doch in Anbetracht der Schülerzahlen ein Neubau im Quartier Birch aufdrängen. Aus integrativen Überlegungen ist es jedoch vertretbar, den vorgeschlagenen Standort zu unterstützen und damit eine gesunde Durchmischung zu erreichen.

Leider hatte sich die Spezialkommission einmal mehr mit den unüblichen Vergabepraktiken in der Stadt Schaffhausen zu beschäftigen. So haben wir uns mehrheitlich über die Tatsache gewundert, dass das Bauprojekt nicht erneut ausgeschrieben werden musste, sondern dass die Stadt diesen Auftrag freihändig an die gleiche Arbeitsgemeinschaft - Erbauerin der anderen 5 Kindergärten der ersten Serie - vergeben hatte, und dies, obwohl der Kindergarten Hauental neben dem Neubau beträchtliche Mehrkosten durch die Erschliessung und diverse Anpassungen in der Höhe von über Fr. 200'000.-- nach sich zieht. Die Begründung des städtischen Rechtsberaters konnte die Mehrheit der Kommissionsmitglieder befriedigen, wenn auch nicht restlos überzeugen. Wie von unserem Baureferenten angemerkt - er möge mir meine Kritik verzeihen - laufe bei städtischen Vergaben immer alles rechtlich sauber ab, da äusserst selten Vergabeentscheide angefochten würden; zumindest habe ich die Ausführungen von SR Peter Käppler dahingehend verstanden. Im Klartext heisst dies: Wo nicht geklagt wird - oder wo sich niemand getraut, zu klagen - läuft immer alles sauber ab. Der SR hat uns zugesichert, dass alle weiteren Neubauten von Kindergärten in der Stadt Schaffhausen neu ausgeschrieben werden, damit der freie Wettbewerb wieder zum Tragen kommen kann.

Ein weiterer Punkt, der intensiv diskutiert wurde, war die Anpassung der Bausumme an die laufende Teuerung. Dazu liegt auf Ihren Pulten ein neuer, vom SR genehmigter SPK-Vorschlag auf. In der ursprünglichen Fassung des SR sollte die Teuerung über die gesamte Bausumme von Fr. 1'315'000.-- berechnet werden; die Kosten sollten dabei auf dem Zürcher Index von April 2006 mit 101.6 Punkten basieren. Vergleicht man dabei den Index vom April 2007 mit 106.2 Punkten würde das Kostendach um rund 4,5% gegenüber den anderen 5 Kindergärten erhöht.

Bedenkt man, dass beim Neubau Hauental Mehrkosten von über Fr. 200'000.-- gegenüber seinen Geschwisterbauten entstehen, die dieses Jahr konkurrenzlos nachofferiert werden konnten, ist nicht mehr nachzuvollziehen, warum die Teuerung über den ganzen Baukredit berechnet werden soll.

Die SPK unterbreitet Ihnen deshalb den Vorschlag, die gesamte Bausumme mit dem Stichtag April 2007 = 106.2 Punkte zu verrechnen (siehe Kommissionsantrag SPK/SR vom 13.11.07).

Im Weiteren wurde zwischenzeitlich auch der Regierungsratsbeschluss über den Baubetrag bekannt. Am 30.10.07 wurde die Kostenbeteiligung des Kantons mit Fr. 177'775.-- beziffert (Prozentwert). Somit beläuft sich der Nettoinvestitionskredit auf Fr. 1'137'225.--. Dieser Betrag wird als Nettokredit dem Volk zur Abstimmung unterbreitet werden.

Das vorliegende Neubauprojekt ist eine gute Lösung, die vorhandenen Probleme im Gebiet Hauental anzugehen. Zusammen mit dem Investitionsbeitrag des Kantons kann mit dem geplanten Neubau eine kostengünstigere Lösung als mit den heutigen zwei Mietobjekten erzielt werden. Diese Gelder sind eine zukunftsorientierte

Investition in unsere kleinsten und schwächsten Stadtbewohner, die es verdienen, in kindergerechter Umgebung die schöne Vorschulzeit zu geniessen.

SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung:

Unsere Fraktion wird die Vorlage unterstützen und darauf eintreten. “

Rainer Schmidig (EVP)

OeBS/EVP-Fraktionserklärung

”Die OeBS/EVP-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und den geänderten Anträgen der SPK und des SR zustimmen.

Der Kindergarten Hauental ist eine sinnvolle und logische Ergänzung zu den schon realisierten Doppelkindergärten. Wir sind froh, dass auch hier eine mutige und konsequente Lösung angestrebt wird und dass das Kindergartengebäude nicht neu erfunden wird.

Allerdings hätte man die Frage bezüglich einer notwendigen Ausschreibung durch eine frühzeitige und zukunftsorientierte Schulraumplanung vermeiden können. Das Problem Hauental existiert nämlich nicht erst seit kurzem, und die Bautätigkeit im Quartier Breite ist schon seit einigen Jahren im Gang. Dies darf aber die Unterstützung dieser guten Vorlage nicht beeinflussen. Stimmen Sie zu. “

Christian Bächtold (FDP)

FDP/jfsh-Fraktionserklärung

”Alles Wichtige ist bereits gesagt. Der Kommissionspräsident hat bereits das Wichtigste zu dieser Vorlage ausgeführt. Die FDP/jfsh-Fraktion ist grossmehrheitlich für Eintreten und Zustimmung. Wir haben uns überzeugen lassen, dass laut Schulraumplanung dieser Doppelkindergarten nötig und der Standort richtig ist.

In der Zwischenzeit haben wir nun die Zusammenschlussvorlage mit Hemmental erhalten, wo bis 2020 ein Kindergarten in Hemmental bleiben soll. Da sind wir eher der Meinung, dass der Neubau des Kindergartens Hauental eigentlich für einen Zusammenschluss der Kindergärten Hemmental/Hauental spricht. Wir wünschen zu diesem Versprechen des Stadtrates noch eine Begründung.

Dass dieser sechste Kindergarten automatisch - ohne Submission - an die Arbeitsgemeinschaft “Kindergarten Schaffhausen” vergeben wird, wurde in unserer Fraktion sehr kritisiert und wird als absolute Einmaligkeit akzeptiert, weil die Vorteile von Kosten und Zeit für diese Vergabe sprechen. So stimmen wir also grossmehrheitlich zu. “

Kurt Zubler (SP)

SP/AL-Fraktionserklärung

”Es freut mich, Ihnen die SP/AL-Fraktionserklärung bekannt geben zu können.

Ich habe vor rund einem Jahr die Gelegenheit gehabt, den Kindergarten Hauental zu besichtigen und war ziemlich schockiert über die dort vorgefundenen Zustände, die ich bei verschiedenen Personen in der städtischen Verwaltung und beim Stadtrat deponiert habe. Wie Rainer Schmidig bereits trefflich formulierte, ist das Problem jedoch schon lange bekannt. Dies hat mich bedenklich gestimmt, zumal ich davon ausging, dass die unbefriedigenden Zustände wie bei den anderen Kindergärten noch lange andauern werden; dies war die negative Seite dieser Angelegenheit.

Die positive Seite haben wir auf dem Tisch: Es ist die Vorlage des Neubaus des Doppelkindergartens Hauental. Der Stadtrat hat nun im Rahmen der Schulraumplanung schnell reagiert und eine gute Vorlage erarbeitet, die auch dazu beiträgt, die suboptimale Situation im Schwarzadlergüetli zu beheben.

Ich bitte Sie im Namen der SP/AL-Fraktion mit Begeisterung zuzustimmen, damit dieser Zustand wirklich bald behoben werden kann. “

Thomas Hauser (FDP)

Votum

”Nachdem Christian Bächtold grossmehrheitlich für die FDP gesprochen hat, werde ich mich kleinminderheitlich noch wie folgt äussern:

Der geplante Doppelkindergarten im Hauental mag ja wohl einem Bedürfnis entsprechen; trotzdem kann ich dieser Vorlage nicht zustimmen, und zwar aus verfahrenstechnischen Gründen. Das Konsortium, das diesen Kindergarten planen und erstellen soll, erhielt vor wenigen Jahren per Volksabstimmung den Auftrag, fünf Doppelkindergärten in der Stadt Schaffhausen zu bauen. Dass diese Unternehmergruppe jetzt den Auftrag erhält, ohne Neuausschreibung einen sechsten zu bauen, ist für mich unverständlich. Aus meiner Optik kann bei der Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand nicht immer das gleiche Konsortium mit Aufträgen bedacht werden, auch wenn es logischerweise billiger wird. Wir bauen auch nicht mit der gleichen Firma drei gleiche Schulhäuser oder Altersheime.

Im Interesse einer fairen Vergabep Praxis und im Interesse von vielfältigen Gewerbebetrieben lehne ich diese Vorlage ab, unter dem Motto: Vetterliwirtschaft ist nichts für mich - dies muss ich leider hier betonen. Gegenüber anderen Unternehmungen in diesem Bereich, die für regional wichtige Arbeitsplätze sorgen, ist dieses Prozedere nicht zu verantworten. “

Christa Flückiger (SP)

Votum

”Ich gehe davon aus, dass Sie die Vorlage richtig durchgelesen und studiert haben. Auf Seite 3 unter Punkt 3 *Projekt* können Sie deutlich Folgendes lesen: *Eine Neuausschreibung würde zu einem erheblichen zusätzlichen Mehraufwand führen. Da das Produkt der realisierten Doppelkindergärten überzeugt, gibt es keine stichhaltigen Gründe für eine Alternative. Nach Beurteilung der städtischen Rechtsberatung ist die Vergabe eines Folgeauftrages an dieselbe Arbeitsgemeinschaft ohne erneute Ausschreibung rechtlich problemlos.*

Springen Sie über Ihren eigenen Schatten und stimmen Sie einem Projekt zu, das überzeugt und das die Stadt Schaffhausen auch braucht. Mit einer Neuausschreibung verlieren wir unnötig Zeit und Geld.

SR Peter Kämpfer

Stellungnahme

”Zuerst danke ich Edgar Zehnder für seinen guten SPK-Bericht und Ihnen gilt mein Dank für die gute Aufnahme dieses Projektes. Ich kann mich kurz fassen und werde hauptsächlich zu den baulichen Belangen sprechen, während SR Urs Hunziker zum schulischen Teil Stellung nehmen wird, der Besteller des Gebäudes ist und schlussendlich auch der Nutzer.

Es wurde bereits erwähnt, dass die Serie der fünf Kindergärten ein Ersatzprogramm für die wohl auch Ihnen bekannten Rupli-Bauten, ich selbst war in einem solchen Kindergarten. Das Kindergartenprogramm ist somit abgeschlossen und momentan besteht zwar noch ein gewisser Handlungsbedarf, der jedoch nicht sehr dringend ist, aber einige Problemstellungen ergibt.

Wir haben aus der weitsichtigen Schulraumplanung - die bald auf Ihren Pulten aufliegen wird - erste Ergebnisse abgeleitet und festgestellt, dass in den Kindergärten Munothalde - der zu klein ist - und Brüel (ebenfalls Mietlösung) Handlungsbedarf besteht. Am dringendsten muss die Situation im Kindergarten Hauental verbessert werden. Die Raumverhältnisse sind sehr eng, es besteht kein Aussenbereich, und die kantonale Aufsicht hat die vorherrschende Situation bemängelt. Wie bereits von Kurt Zubler erwähnt, sind die Verhältnisse wirklich prekär und die aktuelle Lösung ist erst noch sehr teuer. Eine der zwei Mietwohnungen wurde aufgrund der sich abzeichnenden Lösung gekündigt, die andere bleibt bestehen. Aufgrund der zu erwartenden Schülerzahlen muss jedoch ab August 2008 eine zweite Abteilung geführt werden.

Die Stadt verfügt im Bereich Forsthaus über optimale Platzverhältnisse. Die Liegenschaft der Kinderkrippe Forsthaus wurde damals vom Kanton gekauft, saniert und neu eingeweiht. Sie verfügt jetzt über grosszügige Platzverhältnisse. Daneben befindet sich ein Grundstück, das genug Platz für den Neubau eines Doppelkindergartens bietet. Das Kindergartenmodell der erwähnten Ersatzneubauten hat sich sehr bewährt, zusätzliche Entwicklungskosten entfallen, die Umsetzung kann rasch erfolgen und bisher zeigten sich die BenützerInnen des grundstufentauglichen Kindergartens sehr zufrieden. Deshalb entschlossen wir uns, eine Verlängerung dieser Serie um ein Exemplar zu prüfen. Eine Neuausschreibung wäre viel teurer geworden.

Warum sind die Kosten höher wie bei den bisherigen Ersatzbauten? Die Kosten für das Gebäude sind genau gleich hoch wie bisher. Es wurde keine Veränderung gegenüber der vom Volk bewilligten Wettbewerbsvergabe gemacht. Teurer wird es lediglich wegen der Erschliessungskosten; bei den Ersatzneubauten konnten wir auf bereits bestehende Wasser-, Strom- und Abwasseranschlüsse zurückgreifen, und es bestand auch bereits ein Fundament. Insgesamt ist der neue Doppelkindergarten gleich teuer wie die Mietlösung, aber mit ungleich besserer Qualität.

Die Vergabep Praxis wurde als mysteriös bezeichnet, es wurde sogar von Vetterliwirtschaft gesprochen. Ich hoffe, dass die von mir gelieferten Ausführungen dies entkräften konnten. Es erfolgte keineswegs eine Vergabe "einfach so", sondern eine bestehende Serie wurde verlängert und ein bereits bekanntes Produkt gewählt. Bei einer Neuausschreibung würde nur ein Anbieter auftreten können, nämlich derjenige, der auf dieses Produkt auch die Urheberrechte besitzt. Machen wir eine allgemeine Ausschreibung, müssten weitere Anbieter ein neues Produkt vorstellen, was Zeit brauchen und Entwicklungskosten verursacht. Rechtlich ist dieses Vorgehen in speziellen Situationen auch vorgesehen; dies wurde vorgängig juristisch abgeklärt. Es wird eine einmalige Verlängerung sein; darüber haben wir in der SPK bereits informiert. Bei allen weiteren Kindergärten mit Handlungsbedarf bestehen unterschiedliche Voraussetzungen, und es sind entsprechende Neuausschreibungen geplant.

Die vom SPK-Präsidenten der Stadt vorgeworfene unübliche Vergabep Praxis weise

ich zurück und wenn solche Anschuldigungen in den Raum gestellt werden, müssen diese auch tatsächlich bewiesen werden können. Darum möchte ich den SPK-Präsidenten bitten.

Die Abstimmung ist für Februar 2008 geplant, sodass der Neubau bis zu Beginn des Schuljahres 2008/2009 bezugsbereit ist. Welche Kinder diesen Kindergarten besuchen werden, hören Sie von SR Urs Hunziker. "

SR Urs Hunziker

Stellungnahme SR

"Ich möchte mich meinem Vorredner anschliessen und danke vorerst den Mitgliedern der SPK für die speditive Behandlung der Vorlage.

Ich beschränke mich in meiner Stellungnahme auf einige wichtige Punkte aus schulischer Sicht.

Grundsätzlich musste die Frage, ob wir im Gebiet Hauental längerfristig eine Miet- oder eine eigene Lösung haben möchten, geklärt werden. Die Schülerzahlen sind je nach städtischem Quartier eher konstant bleibend oder aber starken Schwankungen unterworfen. Deshalb sind wir im Stadtrat zur Überzeugung gelangt, dass wir die Mietlösungen, die in der Stadt noch bestehen, dort nach und nach ablösen möchten, wo damit gerechnet werden kann, dass sich die Kinderzahlen in den nächsten Jahren einigermaßen stabil entwickeln werden. Aus gesamthafter Sicht und unter Berücksichtigung der Erfahrungswerte der letzten Jahre erachten wir diese Voraussetzung für das Quartier Breite als gegeben.

Die beiden bisherigen Mietlösungen im Hauental und im Schwarzadlergüetli sind als Kindergartenräumlichkeiten keineswegs geeignet und müssen als eigentliche Notlösungen betrachtet werden.

Nachdem für das Schuljahr 2007/2008 im Quartier Breite vorübergehend eine Kindergartenabteilung weniger geführt werden musste, erachteten wir den Zeitpunkt als geeignet, die vergleichsweise teure Mietlösung im Schwarzadlergüetli zu kündigen. Bereits auf das Schuljahr 08/09 benötigen wir jedoch wieder eine Abteilung mehr.

Der Zeitpunkt, auch die zweite unbefriedigende Mietlösung im Hauental durch einen eigenen Bau abzulösen, scheint optimal zu sein, zumal der Neubau auf einem stadteigenen Grundstück, welches im Hinblick auf eine allfällige Realisierung eines Doppelkindergartens Ende 2005 - zusammen mit dem Grundstück, auf welchem die Kinderkrippe Forsthaus beheimatet ist - vom Kanton erworben werden konnte, erfolgen kann.

Berechtigterweise stellt sich die Frage nach dem Standort: Ist es sinnvoll, im Hauental einen Doppelkindergarten zu erstellen?

Betrachten wir zur Beantwortung dieser Frage das gesamte Breite-Quartier - dazu gehört auch das Birch - so gelangen wir zu folgenden Erwägungen:

- Im zur Diskussion stehenden Einzugsgebiet existierten bis Sommer 2007 acht Kindergartenabteilungen: Riet (eine Abteilung), Lahn (zwei Abteilungen), Neubrunn (zwei Abteilungen), Schwarzadlergüetli (eine Abteilung)

Nelkenstrasse (eine Abteilung) und Hauental (eine Abteilung). Aufgrund der uns vorliegenden Kinderzahlen werden ab Sommer 08 wiederum acht Abteilungen zu führen sein.

- Das Teilgebiet auf der Breite mit der derzeit stärksten Wohnbautätigkeit ist zweifelsohne dasjenige des Riet-Oerlifalls, gefolgt vom Schwarzadlergüetli.
- Verlässliche Zahlen über die zu erwartenden Kindergartenkinder aus diesen Gebieten stehen noch aus.
- Die bisher bekannten Zahlen rechtfertigen langfristig den Bau eines Doppelkindergartens im Hauental. Einbezogen in diese Überlegungen sind auch die Kinder aus dem Birch-Quartier. Eigentlich müsste allein für diese Kinder ein Kindergarten (eine Einheit) noch wohnortsnäher eingerichtet werden. Der Stadtrat sieht davon jedoch ab, würde dies doch unweigerlich zu einer Ghettoisierung der vielen Migrantenkinder führen.
- Sollte sich in den nächsten Jahren eine leichte Erhöhung der Kinderzahlen aus dem Bereich Riet-/Oerlifall und/oder Schwarzadlergüetli ergeben, so könnte diese in einer ersten Phase mit den bestehenden Kindergärten auf der Achse Riet - Lahn - Neubrunn - Hauental und Nelkenstrasse aufgefangen werden, da die Distanz von Kindergarten zu Kindergarten ohne weiteres geringfügige Verschiebungen innerhalb dieser Einzugsgebiete erlaubt. Bei einem massiven Zuwachs wäre in einer weiteren Phase der Bau eines Kindergartens im Bereich Hermann-Rorschach-Strasse in Erwägung zu ziehen; entsprechende Hinweise werden Sie in der Vorlage zur gesamtstädtischen Schulraumplanung finden, die Ihnen in Kürze überwiesen wird.

Soweit die Situation aus städtischer Sicht. Nun ist es natürlich nahe liegend, die Frage nach den Konsequenzen eines allfälligen Zusammenschlusses der Gemeinde Hemmental mit der Stadt Schaffhausen aufzuzeigen. Der Stadtrat hat der Gemeinde Hemmental in Aussicht gestellt, den Kindergarten und zumindest die ersten vier Schuljahre der Primarschule in Hemmental zu belassen, solange es die Kinderzahlen erlauben; mindestens jedoch bis 2020. Diese Zusicherung ist für die Akzeptanz eines möglichen Zusammenschlusses für die Bewohner der Gemeinde Hemmental von grosser Bedeutung. Kindergarten und Schule im Dorf werden als wichtiger Standortvorteil erachtet. Der Stadtrat hat sich bisher stets zur Führung von möglichst wohnortnahen Kindergärten und – zumindest, was die Primarschule angeht – zu Quartierschulhäusern bekannt. Es wäre einer zusammenschlusswilligen Gemeinde schwer zu erklären, warum dort eine andere Praxis geübt werden soll.

Andererseits stellt sich die Frage, ob allenfalls die Hemmentaler Kinder die städtischen Kindergärten und Schulen besuchen könnten.

Im Bereich der Kindergärten zeigt sich im Moment folgendes Bild:

Die derzeit bekannten Kinderzahlen in Hemmental zeigen, dass im Schuljahr 07/08 mit lediglich 9 Kindergartenkindern ein Tiefpunkt erreicht wird. In den Folgejahren steigen die Kinderzahlen wieder leicht an. Nach den uns zur Verfügung stehenden Zahlen werden im Schuljahr 2010/2011 wiederum 13 Kinder den Hemmentaler Kindergarten besuchen. Zu diesem Zeitpunkt erwarten wir - ohne Berücksichtigung

von Neuzuzüglern in den erwähnten Gebieten mit grosser Bautätigkeit 145 Kinder auf der Breite. Diese werden gemäss unserem derzeitigen Planungsstand in 8 Abteilungen mit durchschnittlichen Klassenbeständen von gut 18 Kindern geführt – mitberücksichtigt ist dabei der heute zur Diskussion stehende Doppelkindergarten Hauental. Rein rechnerisch wäre eine Aufteilung der 13 Hemmentaler Kinder auf die 8 erwähnten Abteilungen möglich und hätte Klassenbestände von knapp 20 Kindern zur Folge. In der Praxis wäre jedoch eine sinnvolle Zuteilung nicht machbar – es sei denn, die bereits erwähnte Option eines Kindergartens im Bereich der Hermann-Rorschach-Strasse wäre dazumal bereits realisiert und würde eine Verschiebung der Zuteilungen auf der Achse Hauental – Nelkenstrasse – Neubrunn – Lahn – Riet – Hermann-Rorschach-Strasse erlauben.

Erlauben Sie mir zum Schluss noch einige Bemerkungen zu den pädagogischen Anforderungen an einen Kindergarten:

Der Kindergarten Schwarzadlergütli - der bereits aufgegeben wurde - war in einem Einfamilienhaus eingemietet. Der Betrieb musste in diesem Gebäude auf zwei Stockwerke verteilt werden, eine für den Unterricht unbefriedigende Situation. Der zweite zu ersetzende Kindergarten im Hauental ist ebenfalls in einer Mietwohnung mit einem sehr kleinen Grundriss untergebracht. Die Kindergarteninspektorin hat uns bereits einige Male darauf hingewiesen, dass hier eine andere Lösung gefunden werden müsse.

Im Zusammenhang mit der gesamtstädtischen Schulraumplanung haben wir alle Kindergärten auf ihre Grundstufentauglichkeit überprüft. Dabei hat sich gezeigt, dass keine der noch existierenden Mietlösungen wirklich grundstufentauglich ist. Mit dem Neubau des Doppelkindergartens können wir diesen Umstand mildern.

Mit der Annahme der Vorlage „Doppelkindergarten Neubrunn“ leisten wir einen unverzichtbaren Beitrag für eine zukunftsgerichtete Entwicklung der städtischen Kindergartenbauten - und damit nicht zuletzt einen Beitrag zum Wohnortmarketing.

Ich bitte Sie deshalb, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. „

Edgar Zehnder (SVP)

Votum

„Ich möchte das soeben Geäusserte nicht im Raum stehen lassen. Der Begriff Vetterliwirtschaft kam vom 1. Vizepräsidenten, nicht von mir. Ich habe mir erlaubt, zu erwähnen, dass die SPK erneut ausführlich über die in der Stadt Schaffhausen auch in diesem Projekt unübliche Vergabep Praxis diskutieren musste. Für mich ist dies unüblich.“

Ich glaube auch nicht, dass ich deshalb um meine politische Immunität fürchten muss und diese nicht mehr habe. Es kann deswegen nicht geklagt werden, da ich nichts Böses gesagt habe. Daher verstehe ich den Angriff des Stadtrats auf mich nicht. Ich werde jetzt aufgefordert, Beispiele zu bringen, die nicht rechtens seien. Ich frage jetzt SR Peter Käppler und auch SR Thomas Feurer, ob ich diese hier in aller Öffentlichkeit bringen soll, ob SR Peter Käppler seine Äusserungen zurücknimmt oder ob SR Thomas Feurer dazu Stellung nehmen wird.“

Der **Ratspräsident** unterbricht Edgar Zehnder (SVP) und macht den Votanten darauf aufmerksam, dass die Vorlage Doppelkindergarten Hauenental zur Diskussion stehe. Alfred Tappolet (SVP) erteilt Edgar Zehnder (SVP) auf dessen Anfrage das Wort für die anschliessend folgende **persönliche Erklärung**:

Persönliche Erklärung Edgar Zehnder (SVP):

„Ich möchte, dass die von SR Peter Kämpfer vorgebrachten Anschuldigungen zurückgenommen werden oder bitte SR Thomas Feurer, über die in einer anderen Kommission aufgetretenen Probleme zu informieren, damit ich hier nicht „aus dem hohlen Bauch heraus“ sprechen muss.“

SR Thomas Feurer

Stellungnahme

„Ich glaube, hier werden zwei Sachen vermischt, die zwar tatsächlich in der Museumskommission zu Irritationen geführt haben, und müssten jetzt hier wegen des Zusammenhangs mit dem Neubau des Doppelkindergartens Hauenental besprochen werden.“

Es ist tatsächlich so, dass eine Vergabepaxis beim Museum, beziehungsweise beim Neubau vorlag, wo wir von einem Gericht zurückgepiffen wurden, weil gewisse Vorgaben nicht eingehalten wurden. Für mich ist es aber nicht so, dass damit die ganze Funktion einer Abteilung in Frage gestellt wird. Ich selbst bin nicht Baufachmann. Ich denke, dass Fehler passieren können, und wir müssen daraus lernen. In einem zweiten heiklen Geschäft haben wir dank Edgar Zehnder vorsichtiger agiert und wahrscheinlich damit auch vermeiden können, dass solche Fragestellungen erneut entstehen.

Die momentane Angelegenheit zwischen Edgar Zehnder und SR Peter Kämpfer ist eine Geschichte, die andere Begebenheit liegt sozusagen „darunter“, aus welcher ich als Nichtbaufachmann sehr viel gelernt habe. Ich gebe Edgar Zehnder Recht, dass er als Baufachmann in dieser Kommission immer wieder speziell auf heikle Punkte in der städtischen Vergabepaxis aufmerksam machte. Darüber sind wir in dieser Kommission dankbar.“

Roland Schöttle

Votum

„Ich möchte auf das Projekt Doppelkindergarten zurückkommen. Sie dürfen mir glauben, dass ich für freies Unternehmertum einstehe und spreche hier als ehemaliger Präsident des städtischen und kantonalen Gewerbeverbandes und als einer, der sich täglich im Wettbewerb bewegt.“

Dieser Entscheid ist richtig gefallen, und ich persönlich danke dem SR dafür. Ich kann nicht akzeptieren, dass man Mehrkosten in Kauf nehmen würde. Das Produkt hat sich bewährt und erscheint richtig, von welchem Unternehmer es auch immer kommen möge. Hätte man die damalige Schulraumplanung bereits mit sechs Kindergärten dem Volk zur Abstimmung vorgelegt, wären diese auch bewilligt worden. Ich empfehle Ihnen jetzt, anstelle des Volkes dem Neubau des sechsten Kindergartens zuzustimmen.“

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass von Thomas Hauser (FDP) ein Antrag auf

Nichteintreten gestellt wurde.

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst mit 43 : 1 Stimmen Eintreten auf die VdSR vom 24.07.07 wie folgt gut:

DETAILBERATUNG

Der **1. Vizepräsident, Thomas Hauser (FDP)**, verliest die Vorlage Seiten 1-4, die Anträge der SPK und des Stadtrates vom 13.11.07 sowie die Beilagen (global) wie folgt:

ANTRÄGE

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 24. Juli 2007 und vom Antrag der SPK „Neubau Doppelkindergarten Hauental“ und des Stadtrates betreffend Neubau des Doppelkindergartens am Standort Hauental vom 13. November 2007. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
2. Der Grosse Stadtrat stimmt dem Bauvorhaben Doppelkindergarten Hauental zu und bewilligt dafür einen Nettokredit von Fr. 1'137'225.-- (Bruttokredit von Fr. 1'315'000.-- abzüglich Kantonsbeitrag von Fr. 177'775.--). *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
3. Die Baukosten basieren auf dem Zürcher Index der Wohnbaupreise vom 1. April 2007 = 106.2 Punkte (Basis: April 2005 = 100 Punkte). *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
4. Der Beschluss ist nach Art. 10 lit d Ziff. 2 der Stadtverfassung der Einwohnergemeinde zur Abstimmung zu unterbreiten. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrates vom 24. Juli 2007 mit den von der SPK und dem SR geänderten Anträgen vom 13. November 2007 mit **42 : 0 Stimmen** gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 Postulat Marianne Schwyn (SP): Verbindlicher Minergie-Standard für öffentliche Bauten und Förderung der Minergie-Bauweise bei privaten Bauten

Marianne Schwyn (SP)

Begründung

„Ich werde Ihnen heute nichts über den Klimawandel, unseren unsäglich hohen CO2 Ausstoss oder eine von der Kernkraftlobby vielfach betonte Energielücke erzählen. Sie können dazu tagtäglich Berichte in der Zeitung lesen. Ich möchte heute über einige Möglichkeiten sprechen, welche wir hier in der Stadt Schaffhausen haben, um

einen Beitrag zur Lösung dieser Probleme beizutragen. Der Gebäudebereich verbraucht rund 45% der gesamten Energie. Hier liegt ein gewaltiges Energiesparpotenzial, das es dringend auszunutzen gilt.

Nach Artikel 15 des Energiegesetzes wird die finanzielle Förderung von Massnahmen im Gebäudebereich durch Globalbeiträge des Bundes an die Kantone gewährleistet. Die Höhe der Globalbeiträge im Budget des Bundesamtes für Energie wird jährlich vom Parlament festgelegt. Dieses Jahr belaufen sich diese Beträge auf 13.2 Millionen Franken. Gemäss Artikel 89 der Bundesverfassung sind vor allem die Kantone für Massnahmen im Gebäudebereich zuständig. Im Schaffhauser Kantonsrat wurde deshalb von SP-Kantonsrat Thomas Wetter bereits ein ähnlich lautendes Postulat zum Thema MINERGIE-Standard eingereicht. Da der Erlass von planungs- und baurechtlichen Regelungen jedoch auch in der Kompetenz der Gemeinden liegt, sind auch diese gefordert. Als Energiestadt sollte gerade die Stadt Schaffhausen ihre Vorbildfunktion wahrnehmen und sich als umweltfreundliche und kostenbewusste Bauherrin profilieren.

Warum MINERGIE-Standard?:

Der MINERGIE-Standard ist ein Baustandard, der den rationellen Energieeinsatz, die breite Nutzung erneuerbarer Energien und eine Senkung der Umweltbelastung ermöglicht. Nach MINERGIE-Standard erstellte, respektive erneuerte Gebäude halbieren den Energieverbrauch im Vergleich zur konventionellen Bauweise. Der MINERGIE-P- Standard reduziert diesen Verbrauch sogar um 4/5. Als Messgrösse gilt der jährliche Energiebedarf für Heizwärme, Warmwasser und die Haustechnik. MINERGIE-Bauten sind nur auf der Investitionskostenseite teurer als konventionelle Gebäude. Die Mehrkosten belaufen sich auf 3 bis maximal 10%. Sehr viel besser schneiden MINERGIE-Objekte bei den Betriebskosten, im Unterhalt sowie in der Werthaltigkeit ab. Die gesamten Jahres-, Investitions- und Betriebskosten sind tiefer als bei konventionellen Bauten. Aus diesem Grund sind in der Regel MINERGIE-Investitionen nach sieben Jahren amortisiert. Bei den zu erwartenden Energiepreisentwicklungen (Stichwort CO₂-Abgabe) wird sich dieser Trend noch verstärken.

Dass der MINERGIE-Standard ökonomisch Sinn macht, zeigt sich auch durch die bevorzugte Finanzierung der Banken. Immer mehr Finanzinstitute unterstützen nämlich die Baustandards mit Vorzugskonditionen. Dies nicht, weil sie sich ökologisch positionieren wollen, sondern weil MINERGIE-Bauten aus Sicht der Risikoabschätzung ein besseres Produkt darstellen. Dieses weist ein höheres Qualitätsniveau auf, erzielt einen höheren Verkaufswert und lässt sich generell besser vermarkten.

Nebst dem reduzierten Energieverbrauch und den ebenfalls reduzierten Betriebskosten zeichnen sich MINERGIE-Bauten durch einen hohen Wohnkomfort aus. Die Kombination von einer dichten, gut gedämmten Gebäudehülle mit einer mechanischen Lüftung erzielt eine optimale Raumqualität. Die Wohnräume sind, ohne Verzicht auf frische Luft, vor Lärm geschützt. Pollen und Keime werden von Filtern gebunden, was die Luftqualität deutlich erhöht. Durch eine gut gedämmte Gebäudehülle kann das Gebäude vor Übertemperaturen besser geschützt werden.

Städtische Bauten:

Für die Stadt brächte die Anwendung des MINERGIE-Standards bei Neu- und Umbauten hohen Zusatznutzen. Dadurch, dass die gesetzlichen Anforderungen an

den Energieverbrauch deutlich unterschritten werden, entsteht auf lange Frist kein Sanierungsbedarf. Studien der Zürcher Kantonalbank haben gezeigt, dass MINERGIE-Bauten auf dem Markt einen Mehrpreis von 9% gegenüber herkömmlichen Liegenschaften mit vergleichbarem Alter, Standard und Lage erzielen.

Energetische Sanierungen der Gebäude sind in mehrfacher Hinsicht sinnvoll und nachhaltig:

- Wirtschaftlich, da die Investitionen vor allem in der Region bleiben und zusätzliche Steuereinnahmen generieren. Durch die Substitution von importierten Energien durch verbesserte Wärmedämmung oder erneuerbare Energien wird die lokale Wertschöpfung gesteigert.
- Ökologisch, weil die Emissionen von Schadstoffen und Treibhausgasen reduziert und die Ressourcen geschont werden
- Sozial, weil zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden und die Kosten für die Arbeitslosenversicherung sinken und letztlich dienen
- Gebäudesanierungen auch der Attraktivierung unserer Stadt als Wohnregion.
- Private Bauten
- Nebst der Einführung des MINERGIE-Standards für öffentliche Bauten muss diese Bauweise auch bei privaten Bauten gefördert werden. Durch ein Förderprogramm und die gezielte Information der Hauseigentümer, Liegenschaftsverwaltungen sowie Architekten und Ingenieure können weitere Anreize geschaffen werden. Der Stadtrat hat in seinem letzten Jahresbericht auf ein noch zu erarbeitendes Förderprogramm Gebäudesanierungen hingewiesen und damit bereits einen ersten Schritt in diese Richtung getan.

Eine Studie des Bundesamtes für Energie im Rahmen des Forschungsprogramms „Energiewirtschaftliche Grundlagen“, welche ebenfalls gezeigt hat, dass die vermehrte Anwendung des MINERGIE-Standards sowohl für Neubauten als auch bei der Sanierung von Altbauten eine grosse und langfristige Wirkung hat, nennt als wichtigste bau- und planungsrechtliche Instrumente zur Förderung des MINERGIE-Standards auf kommunaler Ebene einen allgemeinen Ausnützungsbonus sowie entsprechende Vorschriften in Sondernutzungsplänen. Weitere Anreize können über Steuergutschriften oder teilzweckgebundene Lenkungsabgaben geschaffen werden. Um die Energieeffizienz bei privaten Bauten zu fördern ist ein Instrumente-Mix gefragt, welcher die Elemente Bewusstseinsbildung, einfache Information, gesetzliche Anforderungen und ökonomische Anreize miteinander kombiniert.

Fazit:

Die öffentliche Hand steht in der Pflicht. Rund zehn Prozent aller Gebäude befinden sich im Besitz von Gemeinden. Als Energiestadt müssen wir mit tatkräftigem und gutem Beispiel vorangehen. Ich bitte Sie deshalb, dieses Postulat zu überweisen.

SR Peter Käppler

Stellungnahme SR

„In ihrem Postulat lädt Grossstadträtin Marianne Schwyn den Stadtrat ein, rasch möglichst ein Konzept zu erarbeiten und umzusetzen, damit Neubauten und Gesamtanierungen im Auftrag der Stadt mindestens nach dem MINERGIE-Standard ausgeführt werden. Nach Möglichkeit ist der MINERGIE P-Standard anzustreben. Gleichzeitig soll der Stadtrat diesen Standard bei privaten Neu- und Umbauten vermehrt fördern.“

Der Stadtrat steht hinter dem Anliegen der Postulantin und ist auch der Meinung die Forderungen bereits umzusetzen, nimmt aber die Gelegenheit gerne wahr seine diesbezüglichen Anstrengungen hier zu erläutern.

Wie in den Ausführungen zum Postulat richtig dargestellt wurde, beansprucht der Gebäudebereich in der Schweiz rund 45% des gesamten Endenergieeinsatzes. Diese Energie wird für das Heizen und Kühlen sowie für die Erstellung von Gebäuden und die Warmwasseraufbereitung aufgewendet. Der Gebäudebereich gehört damit zu den ressourcenintensivsten Bereichen und trägt auch erheblich zu den umwelt- und klimaschädlichen Schadstoffemissionen bei. Deshalb steht der bewusste Umgang mit Energie auch in der Prioritätenliste des Stadtrates ganz vorne. Für den im Postulat verlangten möglichst effizienten Energieeinsatz im Gebäudebereich entspricht der MINERGIE-Standard dem heutigen Stand der Technik.

Was ist MINERGIE?

MINERGIE ist ein Qualitätslabel für neue und sanierte Gebäude. Die Marke wird von der Wirtschaft, den Kantonen und dem Bund gemeinsam getragen und ist vor Missbrauch geschützt. Im Zentrum steht der Komfort – der Wohn- und Arbeitskomfort der GebäudenutzerInnen. Ermöglicht wird dieser Komfort durch eine hochwertige Bauhülle und eine systematische Lüfterneuerung, der sogenannten Quell- oder Komfortlüftung. Der MINERGIE-Standard definiert fünf Anforderungen an ein Gebäude:

1. Zur Sicherung einer nachhaltigen Bauweise wird eine hochwertige und dichte Gebäudehülle verlangt.
2. Die Lüfterneuerung soll mittels einer Komfortlüftung erfolgen.
3. Es wird ein maximaler Energieverbrauch vorgegeben, welcher über eine Energiekennzahl definiert ist.
4. Je nach Gebäudekategorie (Verkauf, Restaurants, Spitäler etc.) bestehen Zusatzanforderungen, betreffend der Beleuchtung, und gewerblicher Kälte- und Wärmeerzeugung.
5. Weil die Rentabilität nicht in Frage gestellt werden darf, sind Grenzen für die Baukosten definiert, die Mehrinvestitionen gegenüber konventionellen Vergleichsobjekten dürfen darum höchstens 10 % betragen.

Unter dem Label MINERGIE werden verschiedene Standards definiert: Neben dem MINERGIE-Standard gibt es auch den MINERGIE P-Standard, wobei dieser Standard weitgehend einem Passivhaus-Standard entspricht. Soll das Gebäude auch noch Kriterien wie gesunde und ökologische Kriterien erfüllen, so ist dieses nach dem sogenannten MINERGIE-ECO-Standard zu erstellen. Bezüglich des Energieverbrauchs unterscheiden sich MINERGIE-Standard und MINERGIE-ECO-Standard nicht. (Die Stadt verlangt in den bauökologischen Richtlinien den MINERGIE-ECO-Standard, der an die Baumaterialien erhöhte ökologische und gesundheitliche Anforderungen stellt. Materialien sollen – wenn erhältlich – das Label natureplus haben. Dies wurde bereits auch in der Beantwortung der Kleinen Anfrage von Andres Bächtold (SP) zu Verwendung von FCS-zertifizierten Holzprodukten vom 04.09.07 beschrieben.

Forderungen des Postulats:

Das Postulat beinhaltet zwei Stossrichtungen, so zum Einen das energieeffiziente Bauen und Sanieren von stadteigenen Gebäuden und zum Zweiten die Förderung

der privaten Bauten nach MINERGIE-Standard. Es umfasst somit zwei Bereiche mit unterschiedlichen Einflussmöglichkeiten.

Stadteigene Bauten:

Im Gebäudebereich sind neben dem Energiebedarf zusätzliche Faktoren zu berücksichtigen, so der Komfort, die Gesundheit, die Ökologie der Materialien, die Wirtschaftlichkeit, die Werterhaltung oder im Fall von Baudenkmälern Vorgaben des Denkmalschutzes. Deshalb hat der Stadtrat bereits 1996 bauökologische Richtlinien für stadteigene Bauten erlassen und diese im Jahr 2005 mit einer Energie-Richtlinie ergänzt. In der Energie-Richtlinie wird folgendes definiert:

- Für Neubauten und Gesamtsanierungen, für Sanierung und Unterhaltsarbeiten einzelner Gebäudeteile wie Dach, Fassade, Boden, Fenster werden Mindestanforderungen an den U-Wert definiert. Mit dem U-Wert (= Wärmedurchgangskoeffizient) werden die Wärmetransporte durch ein Bauteil charakterisiert: Je niedriger der U-Wert, desto geringer die Wärmeverluste durch das entsprechende Bauteil.
- Zu den Lüftungsverlusten führt die Energie-Richtlinie aus: Neubauten und gesamtsanierte Bauten müssen dicht sein. Für die Frischluftzufuhr ist ein Lüftungskonzept (Betriebsvorgaben) zu erstellen. Dabei sind die Anforderungen an die Gesundheitserhaltung der Benutzer, an den Bautenschutz und an die Erhaltung des Lagergutes im Gebäude massgebend.
- Bezüglich MINERGIE hält die Energie-Richtlinie folgendes fest: Bei Bauvorhaben ist der MINERGIE-Standard bezüglich Energie einzuhalten. Der Anwendungsbereich umfasst Neubauten und Gesamtsanierungen. Es gelten die jeweils aktuellen Grenzwerte der entsprechenden Gebäudekategorien mit den Zusatzanforderungen nach MINERGIE.

Aus verschiedenen Gründen (Wirtschaftlichkeit, interne Bauorganisation, wie die horizontale und vertikale Anordnung der Räume innerhalb eines Gebäudes, Aspekte des Denkmalschutzes) ist es jedoch nicht immer möglich, eine Komfortlüftung zu installieren. In Altstadtbauten könnte dies sehr schwierig werden. Deshalb vermeidet die städtische Energie-Richtlinie bewusst, dass Sanierungen alle Vorgaben nach MINERGIE zu erfüllen haben. Ziel bleibt jedoch immer das Erreichen der Energiekennzahlen nach MINERGIE und eine gute, gesunde Innenraumqualität.

Grundsätzlich schreibt der Stadtrat also für eigene Bauvorhaben den MINERGIE-ECO-Standard über die bauökologischen Richtlinien vor.

Wo sieht der Stadtrat trotzdem noch Handlungsbedarf?

- Der Stadtrat will, dass die Energie-Richtlinie konsequent vollzogen wird. Da sie Bestandteil der bauökologischen Richtlinie ist, gilt sie für alle Bauten, Wettbewerbe und Baurechtsvergaben der Stadt.
- Der Stadtrat sieht vor, die Gebäude mit einem Energiepass zu kennzeichnen, wie es die europäische Kampagne Display fordert. Dabei geht es um die Kennzeichnung der öffentlichen Gebäude mit einer Energieetikette – in Anlehnung zur allgemein bekannten Energieetikette für Haushaltgeräte oder für Autos. Im Kantonsrat wurde ein entsprechender Vorstoss von der Regierung übernommen, der Stadtrat wird an der Umsetzung partizipieren.
- Die Kommunikation unserer Arbeiten soll über die Veröffentlichung der Energiebuchhaltung der städtischen Liegenschaften verbessert werden, denn

die Resultate der Sanierungen des städtischen Gebäudeparks wurden bisher zuwenig bekannt gemacht.

Der Stadtrat möchte in Zukunft die Ausgaben für den Unterhalt und die Erneuerung der städtischen Liegenschaften nicht beschränken und hofft dabei auf ihre Unterstützung bei den Budgets. Diese Sanierungen sind gut angelegtes Geld, weil sie der Werterhaltung der Gebäude bzw. der Erhaltung der Grauen Energie dienen und auch dank der Energieersparnis Betriebskosten senken.

Die Ausführungen des Stadtrates zeigen Ihnen deutlich auf, dass er die erste Forderung der Postulantin sinngemäss erfüllt, wenn auch aus den genannten Gründen der MINERGIE-ECO-Standard nicht bei allen Bauten direkt angewendet werden kann.

Zweite Forderung: Förderung privater Bauten nach MINERGIE-Standard:

Innert 30 Jahren sollte sich der Energiebedarf aller Wohn- und Geschäftsgebäude in der Schweiz um 50 bis 70% reduzieren lassen. Voraussetzung dafür ist allerdings der konsequente Einbezug der energetischen Aspekte sowohl bei Neubauten als auch bei Sanierungen. Insbesondere in der Sanierung des Gebäudebestands liegt ein riesiges Potenzial an wirtschaftlichen und ökologischen Gewinnen, dieser Umstand ist heute unbestritten und auch die Industrie bietet heute eine breite Palette an solchen Angeboten an.

Leider ist heute bei der Instandsetzung bestehender Gebäude die so genannte Pinselsanierung immer noch zu sehr verbreitet. Dies obwohl weitergehende Massnahmen wie die Wärmedämmung der Gebäudehülle und des Daches nicht nur Einsparungen bei den Energiekosten, sondern auch mehr Wohnqualität und eine Wertsteigerung der Liegenschaft bringt.

Modernisieren mit MINERGIE ist aufwändiger, insbesondere auch wegen der Notwendigkeit der Komfortlüftung. Dies braucht planerische Erfahrung, die noch nicht sehr verbreitet ist. Hier herrscht auch bei der Ausbildung bei den Fachleuten und den Energieberatungen noch Handlungsbedarf, da für die Umsetzung ein spezielles Fachwissen gefordert ist. Trotzdem ist die Stossrichtung (sparsamer Umgang mit Energie, Innenraumqualität) richtig, denn die Vorteile liegen auch bei Sanierungen klar auf der Hand:

- Tiefer Energieverbrauch und damit weniger Betriebskosten
- Höherer Wohnkomfort, etwa an lärmintensiven Standorten
- Keine Schimmelprobleme
- Längere Lebensdauer eines Gebäudes
- Höhere Mieterträge und Renditen

Obwohl über drei Viertel der Mietwohnungen und fast zwei Drittel aller Eigentümerwohnungen vor dem Jahr 1981 erstellt worden sind, geschieht im Mietwohnungsbereich insgesamt noch zu wenig. Zum Teil wird gerade in einfachen Wohnungen mit tiefen Mieten wenig renoviert. Positive Beispiele von gelungenen Sanierungen zeigen, dass leider noch zu wenige Liegenschaftensbesitzer das Problem erkannt haben. Die Stadt hilft bei der Beratung der Firmen gerne und bezieht diese Aspekte auch in die Planungen ein, zum Beispiel Niklausen 21. Zudem wird die Beratung von LiegenschaftensbesitzerInnen und Genossenschaften einen wichtigen Bestandteil des städtischen Förderprogramms bilden.

Gemäss einer Studie des Bundes wird insgesamt noch zu wenig für die Substanzerhaltung getan. Mit Anreizen (Förderprogrammen) erhält der Gebäudeeigentümer zusätzliche finanzielle Mittel, welche nicht zwingend auf die Mieter abgewälzt werden müssen. Deshalb sind kantonale und städtische Förderprogramme im Gebäudebereich als Anreiz absolut notwendig.

Die Förderung der MINIERGIE-Bauten über das kantonale Förderprogramm stösst allerdings auf die Schwierigkeit, dass das kantonale Programm einen engen Zeitrahmen aufweist, die Häuserbesitzer ihre Sanierungen aus steuerlichen Gründen aber oft modulartig über mehrere Jahre ablaufen lassen (Dach/Keller, Aussenwände, Fenster, am Schluss allenfalls noch eine Komfortlüftung). Eine Sanierung nach dem MINIERGIE-Standard kann deshalb zur Folge haben, dass erst nach Jahren das gewünschte Resultat ersichtlich ist, die Sanierung dann aber nicht mehr förderungsberechtigt ist.

Wirkung von Förderprogrammen:

Der Stadtrat hat die Zeichen erkannt und mit Beschluss vom 19.12.2006 ein zum kantonalen Gebäudesanierungsprogramm ergänzendes Förderprogramm in Auftrag gegeben. Das Reglement wird – vorbehältlich der Zustimmung des Stadtrates und der Budgetgenehmigung des Grossen Stadtrates ab 2009 laufen. Wie die Erfahrungen aus den Städten Basel, Zürich, St. Gallen oder Luzern zeigen, werden solche Anreize intensiv genutzt. Es gibt eine Reihe von Schätzungen der Wirkung abgeschlossener, laufender und geplanter Förderprogramme von Bund und Kantonen. Die Wirkungsanalysen von tatsächlich realisierten Programmen (zum Beispiel kantonale Förderprogramme, Impulsprogramm 97/99 und Lothar-Holz-Förderprogramm 2000/03) basieren auf effektiv realisierten Projekten und zum Teil gemessenen Energieeinsparungen. Die wichtigsten Ergebnisse und Schlussfolgerungen aus diesen Wirkungsanalysen lauten:

- Volkswirtschaftlich sind die Förderprogramme interessant, da beim einheimischen Gewerbe ein Mehrfaches der Fördermittel an Investitionen ausgelöst und Arbeitsplätze geschaffen werden. Die öffentliche Hand profitiert sowohl von höheren Steuereinnahmen als auch von Minderausgaben (Arbeitslosigkeit, Jugendarbeit usw.). Und die Umwelt wird dank effizienterer Energienutzung entlastet.
- Je länger das Förderprogramm dauert, das heisst je länger gefördert werden kann, umso grösser ist die Wirkung bezüglich Energieeinsparungen und CO₂-Reduktionen, da eine jede Jahresfördertranche eine Einsparung bringt, welche über die ganze Lebensdauer der ausgelösten Investitionen von 15 - 50 Jahren wirksam ist.
- Die Schätzungen betreffend Kosten-Nutzen-Wirksamkeit der Förderung von Gebäudesanierungen liegen bei den bisher durchgeführten Programmen in einer Grössenordnung von Fr. 45.-- bis Fr. 80.-- pro Tonne CO₂ gerechnet über die Nutzungsdauer der Massnahme. Sie liegen damit deutlich über den entsprechenden Kosten von Fr. 10.-- bis Fr. 12.-- pro Tonne CO₂ in den übrigen Bereichen wie Verkehr, Wirtschaft, Infrastrukturprojekten, Holzanlagen.

Der Stadtrat ist überzeugt mit dem städtischen Förderprogramm, welches die Programme des Bundes und des Kantons ergänzen soll, einen wichtigen Beitrag zur Förderung des energieeffizienten Bauens leisten zu können.

Zusammenfassung:

Ich hoffe, dass ich Ihnen darlegen konnte, dass der Stadtrat die Forderungen des Postulates erfüllt, beziehungsweise die entsprechenden Aufträge erteilt hat.

Ein Postulat beauftragt den Stadtrat zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob ein Entwurf zu einem Erlass vorzulegen oder eine Massnahme zu treffen sei. Insofern erachtet der Stadtrat das Postulat mit dem vorgelegten Bericht als erfüllt und empfiehlt Ihnen das Postulat als Bestätigung der bisherigen stadträtlichen Politik zu überweisen, bittet aber das Parlament, das Postulat nach Überweisung sofort wieder abzuschreiben. “

Ernst Spengler (SVP)**SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung**

”An der letzten Sitzung wurde das Energie- und Klimaschutzkonzept überwiesen, mit dem Ziel der 2000 Watt-Gesellschaft. Ohne energiesparende Massnahmen im Bausektor ist das unmöglich erreichbar. Demzufolge müssen die Forderungen, die in diesem Postulat enthalten sind, schon mit einem Energie- und Klimaschutzkonzept verwirklicht werden. Und jetzt nochmals ein Konzept vom Konzept verlangen? Das wäre „Konzeptionitis“ in Reinkultur. Übrigens, die gut gemeinte Motion für Minergiebauten bei Privaten wird nicht gefördert, indem Umweltfachleute ihr Eigenheim nicht im Minergiestandard bauen.

Die SVP/JSVP/EDU-Fraktion lehnt dieses Postulat ab. Der Stadtrat verlernt sonst vor lauter Konzepten schreiben noch das Regieren. “

Martin Roost (OeBS, parteilos)**OeBS/EVP-Fraktionserklärung**

”Die OeBS/EVP-Fraktion wird dem Postulat zustimmen. Wir denken aber, dass die inhaltliche Diskussion viel mit der vor zwei Wochen überwiesenen Motion von Peter Neukomm zu tun hat. Im Interesse einer ökonomischen Ratsführung verzichten wir deshalb auf detaillierte Ausführungen. “

Walter Hotz (FDP)**FDP/jfsh-Fraktionserklärung**

”Das Postulat von Grossstadträtin Marianne Schwyn und Mitunterzeichner ist sehr interessant, und ich gehe einmal davon aus, dass sie alle, die Anwendungstechnik des Minergie-Standards und Minergie-P Standards bei Neubauten, Umbauten und Sanierungen verstehen.

In der Begründung schreiben sie, dass der Energieverbrauch in Gebäuden der Schweiz 45% beansprucht. Diese Grösse dürfte in etwa richtig sein. Es ist sicher unbestritten, dass der grosse Brocken des Energieverbrauchs auf den Betrieb der Gebäude, sprich elektrische und weitgehend fossile Energie, vor allem Oel, Kohle, Holz, ausmacht.

Doch der Vorstoss kommt 39, beziehungsweise 35 Jahre zu spät. Es waren nämlich Industrielle (die heute vielfach kritisierten Topmanager) die 1968 eine nichtkommerzielle Organisation unter dem Namen „Club of Rome“ gründeten. Interessant ist die Tatsache, dass das damalige Hauptgründungsmitglied unter anderem in der Firmeinleitung der FIAT-Werke tätig war, sprich Autoindustrie. Weltweit bekannt wurde die Organisation 1972 mit dem Bericht „Die Grenzen des Wachstums“. In diesem Bericht wurde erstmals im Rahmen verschiedener Szenarien

eine Prognose für die zukünftige Weiterentwicklung der Welt erstellt. Es waren nicht die Politiker der SP, der OeBS, der EVP, der Alternativen, der CVP, der SVP, der EDU, der Parteilosen oder gar von der FDP, die auf die Problematik des Weltklimas aufmerksam machten, es waren einmal mehr Verantwortliche aus der freien Marktwirtschaft.

Glauben Sie mir, dieser Bericht wurde damals nicht nur von mir mit Interesse gelesen, sondern, was viel wichtiger war, von leitenden Verantwortlichen der Industrie. Die Industrie reagierte sofort und erkannte die Marktchancen in diesen Bereichen und entwickelte Elemente für die baulichen Massnahmen wie zum Beispiel Wärmepumpen, Solarkollektoren, Dämmstoffe, Isolationen, Erdsonden. Man könnte hier die ganze Palette der Produkte aufzählen die heute auf dem Markt gängig sind, um den Energiebedarf, sprich den Megajoule pro m² in Gebäuden zu reduzieren.

Brauchen wir eine staatliche Verordnung, ein Konzept oder eine Ökodiktatur wie es jüngst der Physiker, Professor Bruno Keller von der ETH nannte, oder gar Subventionen, damit wir energiebewusst bauen? Wir von der FDP/jfsh-Fraktion sind der Meinung, dass dies nicht nötig ist. Je mehr sich die öffentliche Hand um Bereiche kümmert, wo sie sowieso nichts versteht, desto grösser wird die Unsicherheit der Anwender und der Preis wird steigen, weil der Staat mit seiner Bürokratie, Gebühren für Abnahmen erheben wird und auch nicht die nötige Erfahrung hat.

Es sei hier nur an das finanzielle Desaster der Firma Bioenergie Schaffhausen AG, an der die Stadt beteiligt war, in Erinnerung gerufen. Auch damals waren es Förderprogramme. Bei dieser Firma hat der Staat über Fr. 1,25 Mio. verloren. Wenn der Staat sich zuviel einmischt, so bewirkt das, dass sich der Preis für ökonomisches Bauen erhöht. Dies hat auch unser Stadtökologe zur Kenntnis nehmen müssen und verzichtete deshalb bei seinem privaten Bau auf Minergie-Standard.

Noch ein paar Worte zur SP. Sie rühmen sich ja gerne in der Presse mit Balkeninseraten und Brustbild. Ihr letzter Slogan lautet: „SP sorgt für gutes Klima“. Mit der Aufzählung von Motionen, Postulaten und anderem haben Sie noch gar nichts erreicht. Eigenverantwortung ist gefragt. Ich frage einzelne SP-Mitglieder, was halten Sie von Kurzurlauben in Dubai, jeden Tag eine 200 km Autofahrt von zu Hause an den Arbeitsplatz und retour oder von verlängerter Polizeistunde? Bedenken Sie, wenn Sie zum Beispiel die Polizeistunde verlängern, so benötigen Sie mehr Energie für die Heizung, für die Kühlaggregate, für die Geschirrspüler, für die Beleuchtung und zu guter Letzt, setzt der Staat noch Nachtbusse ein; so haben wir noch einen zusätzlichen Ausstoss von CO₂. Da können Sie Gebäude in Minergie-Standard oder Minergie-P Standard bauen, Sie belasten das Klima trotzdem.

Ihre Umweltpolitik ist für mich eine GPS-Politik. Sie programmieren das Ziel, den Weg ans Ziel überlassen Sie jedoch anderen. Wir von der FDP/jfsh-Fraktion kennen nicht nur das Ziel, sondern wollen auch den Weg dorthin mitverantworten.

Theresia Derksen (CVP)

Votum

„Die CVP findet auch, dass bei Neubauten und Totalsanierungen der Energieeffizienz oberste Priorität beigemessen werden muss – die energetisch relevanten Baumassnahmen müssen in einem Energie- und Klimaschutzkonzept berücksichtigt werden.“

In dieser Beziehung sind auch der Bund und die Kantone gefordert, den Minergie und den Minergie-P Standard verbindlich festzulegen.

Die Anliegen des vorliegenden Postulats müssen integrierender Bestandteil eines Energie- und Klimaschutzkonzeptes sein, wie es an der letzten Sitzung von Peter Neukomm gefordert und von diesem Rat überwiesen wurde.

Wenn der Stadtrat dies auch so sehen würde, wäre das vorliegende Postulat überflüssig. “

Christian Hablützel (SP)

Votum

”Die hoch gelobte Firma Fiat hat genau 37 Jahre gebraucht, bis sie einen Dieselmotor auf den Markt gebracht hat. Als ich vor vier Jahren einen Fiat kaufen wollte, entsprach der verfügbare Motor noch nicht einmal dem EU-Standard, und ich konnte das Auto in der Schweiz nicht kaufen. Soweit zum Thema rasches Umsetzen von guten Ideen.

Ich möchte daran erinnern, dass Energieeffizienz in Gebäuden erst mit dem Erlassen von staatlichen Vorschriften umgesetzt wurde. Der „Club of Rome“ hat vor 37 Jahren dieses Thema aufgenommen, und in den siebziger Jahren haben alle freie Marktwirtschaft orientierten BauunternehmerInnen unseren Städten ein Desaster sondergleichen beschert, wenn man die Energieeffizienz der damals entwickelten Gebäude analysiert. Auch da wurde erst gehandelt, als Vorschriften erlassen wurden.

Ich möchte all die verantwortlichen Industriemanager der Grosskonzerne, die bis vor wenigen Jahren immer dann, wenn eine Filterpflicht für ihre Abluft eingeführt wurde, in Entwicklungsländer auswichen und dort heute noch mit Schadstoffausstoss brillieren. Von Freiwilligkeit sehe ich überhaupt nichts. Erst wenn die Weltorganisationen gemeinsam zusammenstehen und Umweltstandards entwickeln, wird sich etwas tun. Dies sind nur einige Beispiele. Ich bin ein Verfechter des freien Marktes, aber die freie Marktwirtschaft hat sich an Grenzen zu halten, welche nur demokratisch festgelegt werden können. “

Christa Flückiger (SP)

Votum

”Erlauben Sie mir eine kurze Episode, ich spreche zum Votum von Walter Hotz. Er hat die Aussage gemacht, die öffentliche Hand könne nicht immer noch mehr gefordert werden. Kürzlich las ich ein Interview mit Felix Gutzwiller, der zur gleichen Thematik aussagte, er sei erst wieder bereit, darüber zu verhandeln und etwas dafür zu tun, wenn sich die öffentliche Hand endlich einmal einsetze. Ich frage mich, wer ist in welcher Partei?“

Marianne Schwyn (SP)

Schlusswort

”Die Antwort des Stadtrates hat mich so beglückt, dass ich den Antrag stelle, das Postulat in eine Interpellation umzuwandeln. Es gab auch Voten, die mich weniger beglückt haben. Lieber Walter Hotz, wäre ich vor 39 Jahren schon auf der Welt gewesen, hätte ich das Postulat ganz sicher damals schon eingereicht. Das Argument der Eigenverantwortung kann ich nicht mehr hören. Wo sind wir mit dieser Eigenverantwortung gelandet? “

Der **Ratspräsident** dankt der Postulantin für das brillante Schlusswort und hält fest, dass das Postulat auf Wunsch der Postulantin und ohne Gegenantrag in eine Interpellation umgewandelt wird.

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 3 Motion Dr. Raphaël Rohner (FDP): Sport- und
Freizeitanlagenkonzept für die Stadt Schaffhausen**

Dr. Raphaël Rohner (FDP)

Begründung

"Es gibt Geschäfte und Vorstösse, die aufgrund einer aktuellen politischen Fragestellung von Relevanz sind, andere wiederum beinhalten grundsätzliche Fragen, welche wichtige Themenfelder auf der sogenannten Zeitachse mittel- langfristig betreffen und nicht primär einen speziellen Aufhänger haben.

Meine am 19. Juni 2007 eingereichte Motion Sport- und Freizeitanlagenkonzept für die Stadt Schaffhausen kann für sich in Anspruch nehmen, beiden Bereichen zugeordnet zu werden.

Einerseits haben wir aufgrund aktueller Ereignisse und Projekte im Rahmen der Planung von Sport- und Freizeitanlagen dringlichen Handlungsbedarf, andererseits geht es grundsätzlich darum, mittel- und langfristig im Interesse einer Wahrung oder gar Optimierung der Attraktivität unserer Stadt tätig zu werden, sind doch davon die Bereiche Sport, Schule, Gesundheitsförderung, Stadtentwicklung, aber auch gesellschaftspolitische Anliegen der Jugendpolitik tangiert.

Die Stadt Schaffhausen verfügt über zahlreiche und auch attraktive Möglichkeiten, sich seinen Neigungen entsprechend sportlich zu betätigen. Es gibt kaum einen Platz in der Schweiz, wo es wie hier möglich ist, sowohl im Sommer, als auch im Winter ein derart grosses und attraktives Angebot individueller, aber auch vereinsbezogener sportlicher Tätigkeit auf jedem Niveau zur Verfügung zu haben.

Am Rande sei dazu vermerkt: Eigentlich wäre es sinnvoll, dies im Rahmen des Stadt- und Standortmarketings vermehrt zum Ausdruck zu bringen, ist dies doch gerade für jüngere Neuzuzüger bei der Wahl ihres Wohnsitzes ein Faktor von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Verschiedene private Vereine und Organisationen sind Träger all derjenigen Angebote ausserhalb des von uns allen individuell betriebenen Sports. Sie sind sowohl im Bereich des Breiten- wie auch des Spitzensportes einzuordnen. Sowohl Breitensport als Freizeitaktivität im engeren Sinn für Jung und Alt, wie auch professionell geführter Spitzensport, sind beide im örtlichen Gesellschaftsleben - das kann man in Schaffhausen sicher besonders hervorheben - sehr gut verankert und stossen auf reges Interesse. Man identifiziert sich in jeder Hinsicht damit und engagiert sich auf allen Ebenen.

Nicht zu unterschätzen sind die positiven Auswirkungen all dieser Aktivitäten - vor allem der Spitzenathletinnen und -athleten aus ortsansässigen Vereinen und Mannschaften - auf das Freizeitverhalten, namentlich der Kinder und Jugendlichen. Sie sind von erheblicher gesundheits- und gesellschaftspolitischer Bedeutung und

damit für die politische Wertung und Gewichtung im Rahmen der Beurteilung der Frage des Engagements der Stadt von Relevanz.

In jüngerer Zeit erbringen Schaffhauser Sportclubs, aber auch einzelne Sportlerinnen und Sportler hervorragende Leistungen und erringen nationale Meistertitel und Medaillen. Ich brauche heute kaum eine Aufzählung der Erfolge vorzunehmen, die Sie wohl alle mit Interesse, aber auch mit Wohlwollen und Freude in den letzten Wochen und Monaten in den Medien oder direkt als Zuschauerinnen und Zuschauer zur Kenntnis genommen haben.

Aufgrund dieser Erfolge ist Schaffhausen in den überregionalen Medien in einer Form präsent, wie wir es früher kaum gekannt haben. Man spricht für einmal nicht von Randzonenproblematik und von negativen demografischen Trends, sondern nimmt unsere Stadt als aktiv und zukunftsorientiert wahr.

Es ist nun halt einmal so: Sportliche Erfolge wirken sich weit über die Grenzen der sport-interessierten Kreise positiv aus: Nicht nur Fachleute und Fans richten ihre Aufmerksamkeit auf Schaffhausen, sondern eine breitere Öffentlichkeit. Damit wird Schaffhausen auch für die Medien interessanter als es früher der Fall war. In der Folge werden andere - auch ausserhalb des Sports liegende - Themen unserer Region und unserer Stadt aufgenommen und in den Medien verarbeitet, denn mit dem Label *Schaffhausen* wird beim Leser und bei der Leserin nicht zuletzt eine neue Assoziation geweckt und auch genutzt: Es ist der Erfolg, die Attraktivität. Und hier setzt das Interesse der Wirtschaft an unserer Stadt, unserer Region, als Absatzmarkt und als Standort für Investitionen an.

Des Weiteren wirken sich die sportlichen Erfolge - ich habe es schon angetönt - in ebenfalls positivem Sinne in gesundheits- und gesellschaftspolitischer Weise aus. Man fühlt sich eben auch als wenig motivierter Mensch plötzlich dazu aufgerufen oder gar animiert, es den Vorbildern zwar nicht gleichzutun - das wäre vermessen - aber ihnen wenigstens nachzueifern. Bewegung ist gesund für Körper und Geist (der ewige Lateiner sagt: „sit mens sana in corpore sano“); die sportliche Betätigung zeigt aber auch neue und sinnvolle Alternativen für herumhängende Jugendliche auf. Sie weist auch damit eine wertvolle, in ihrer Wirkung nicht zu unterschätzende Dimension auf.

Kurzum: Sport für sich alleine betrachtet, aber auch als reine Freizeitbetätigung für Jedermann und Jedefrau im Sinne des Breitensports steht im Interesse der Öffentlichkeit, muss daher von der öffentlichen Hand auch entsprechend gewürdigt und bei Bedarf unterstützt werden.

Schön und gut, könnte man sagen und zum Alltagsgeschäft übergehen. Bei näherer Betrachtung der Vorgänge und Abläufe in Bezug auf die Projektierung von Sportanlagen in unserer Stadt in den vergangenen Monaten muss ein recht schwerwiegendes Defizit festgestellt werden:

Was in Schaffhausen offensichtlich fehlt, ist ein ausgereiftes Sport- und Freizeitanlagenkonzept, welches die politischen Absichten und Schwerpunkte der städtischen Sportpolitik im öffentlichen Zuständigkeitsbereich im Sinne einer klar formulierten Strategie festlegt und Leitlinien für die Unterstützung und Mitfinanzierung von privaten Projekten für Sportbauten und Freizeitanlagen setzt - dies alles im Sinne von verbindlichen Richtlinien.

Es soll also ein Konzept erarbeitet werden, das sich unter anderem an folgenden Fragestellungen ausrichtet:

In Bezug auf die von der öffentlichen Hand getragenen Projekte lauten die Fragestellungen:

- Wo besteht Handlungsbedarf in Bezug auf die Sport- und Freizeitanlagen der Stadt?
- Aufgrund welcher Kriterien erfolgt eine Planung ihrer Sanierung bzw. von Neubauten und wie werden die Prioritäten gesetzt?
- Welches sind die finanziellen Auswirkungen in Bezug der einzelnen Projekte?

In Bezug auf die von privaten Trägern initialisierten und finanzierten Projekte lauten die Fragestellungen:

- Welche Bereiche der nicht staatlich getragenen und finanzierten Sport- und Freizeitanlagen sind von öffentlichem Interesse und daher von der öffentlichen Hand zu unterstützen?
- Welche Kriterien sollen zur Anwendung kommen in Bezug auf Art und Umfang der Unterstützung sowie deren Priorisierung?
- Welches sind die finanziellen Auswirkungen in Bezug auf die einzelnen Projekte?

Daraus ableitend sind schliesslich folgende Fragen zu klären und zu beantworten, beziehungsweise die politischen Entscheidungen dazu zu fällen und in einem Konzept mit entsprechender Finanzplanung festzuhalten:

- Welche finanziellen Mittel sollen insgesamt für die Realisierung der diesbezüglichen Projekte mit staatlicher und nichtstaatlicher Trägerschaft von der Stadt eingestellt werden und in welchem Verhältnis zueinander?
- Und schliesslich die finanzpolitisch relevante Fragestellung: Wie sieht die daraus resultierende Finanzplanung aus?

Zu berücksichtigen sind bei der Ausarbeitung des Konzeptes aber auch raum- und städtebauplanerische Aspekte sowie Fragen der verkehrstechnischen und infrastrukturellen Erschliessung.

Gefragt ist also - ich wiederhole es - ein umfassendes Konzept mit einer klaren Strategie, welches

- einerseits die Grundlage für ein transparentes, zielorientiertes, nach klaren und einheitlichen Kriterien erfolgreiches Handeln der Stadt bildet und
- andererseits Verbindlichkeit schafft für die verantwortlichen Behörden und Privatpersonen, die an der Planung eines der zahlreichen Projekte beteiligt sind.

Stadtrat und Stadtparlament werden dabei endlich die Gelegenheit haben, Schwerpunkte im Grundsatz zu diskutieren und im Rahmen einer Gesamtwürdigung die notwendigen politischen Entscheidungen und dabei auch Weichenstellungen vorzunehmen.

Wir alle wissen es:

Öffentliche und private Projekte sind bereits in der sogenannten Pipeline oder stehen

an; weitere werden dazu kommen. Dies ruft nach einer klaren und verbindlichen Haltung der Stadt, damit jeweils ohne Verzögerung gehandelt werden kann. Es sind dies unter anderem:

- Sanierung KSS mit Eis- und Curlinghalle
- Errichtung des Hallensportzentrums im Schweizersbild (NASPO)
- Sanierungen der zahlreichen Turn- und Sporthallen der städtischen Schulen sowie der städtischen Spiel- und Freizeitanlagen (unter anderem Gegenstand der in Aussicht gestellten Vorlage zur Schulraumplanung)
- Internationale Gartenbauausstellung IGA 2017

Es handelt sich jeweils um staatliche oder private Projekte, die für die Stadt - teilweise auch für die Region - von grösster Bedeutung sind. Und es sind auch Projekte, die Investitionen in mehrfacher Millionenhöhe umfassen.

Sie dürfen nicht ein Spielball der Zufälligkeiten oder der gegenseitigen Abgrenzung unter Interessenvertretern werden, sondern sollen eben basierend auf einem sauberen Konzept beurteilt, priorisiert und finanziert, beziehungsweise - sofern von privater Hand getragen und von öffentlichem Interesse - mitfinanziert werden.

Das Beispiel des Fussballstadions in der Breite hat in der Phase, bevor die Verantwortlichen des FCS entschieden haben, die Finanzierung und Realisierung mit unabhängiger privater Trägerschaft im Herblingertal an die Hand zu nehmen, mit aller Deutlichkeit gezeigt, dass Stadtrat und Grosser Stadtrat gerade wegen des Fehlens eines Konzeptes mit einer klaren Strategie nicht in der Lage waren, sich innert nur einigermaßen nützlicher Frist auf eine einvernehmliche und politisch umsetzbare Lösung zu einigen. Das soll sich in Zukunft ändern.

In Bezug auf die Bedeutung von Projekten mit privater Trägerschaft ist noch Folgendes zu bedenken: Gerade sie können oftmals nicht nur wegen der Erweiterung der Angebots an Infrastrukturen im öffentlichen Interesse liegen; ich verweise auf das Projekt NASPO im Schweizersbild. Sie sind von öffentlichem Interesse auch wegen positiven volkswirtschaftlichen Effekten und Impulsen, die von ihnen ausgehen (zum Beispiel Schaffung von neuen Arbeitsplätzen). Sport ist ein wirtschaftlicher Faktor, den es nicht zu unterschätzen gilt. Und schliesslich wäre die Stadt ja kaum in der Lage, solche ambitionösen Projekte selbst zu finanzieren und auch das unternehmerische Risiko dafür zu tragen.

Zu verhindern gilt es zukünftig vor allem auch - ich habe schon am Rande darauf hingewiesen -, dass an und für sich vom Bedarf her ausgewiesene und sinnvolle Projekte im Rahmen politischer Auseinandersetzungen gefährdet werden, indem mangels Strategie und Planung wie auch Transparenz der Möglichkeiten eines städtischen Engagements Projekte in der politischen Diskussion gegenseitig gegeneinander ausgespielt werden. Damit würde man dem Interesse der beteiligten Sportlerinnen und Sportler (Spitzen- und Breitensport), aber auch denjenigen unserer Stadt als attraktiver entwicklungsfähiger Wohn- und Wirtschaftsstandort einen Bärendienst erweisen.

Der Handlungsbedarf ist wohl gegeben und erwiesen; ich bitte Sie daher, die Motion für erheblich zu erklären und den Stadtrat einzuladen, dem Grossen Stadtrat Bericht und Antrag zu einem Sport- und Freizeitanlagenkonzept für die Stadt Schaffhausen

zu unterbreiten.

Es wäre wünschenswert, wenn dieses Konzept als Grundlagenpapier bereits bei der Überweisung der KSS-Vorlage zur Verfügung stehen könnte. "

SR Peter Kämpfer

Stellungnahme SR

"Grossstadtrat Dr. Raphaël Rohner fordert mit seinem Vorstoss die Erarbeitung eines Sport- und Freizeitanlagenkonzeptes für die Stadt Schaffhausen. Die Einreichung der Motion erfolgte kurz bevor das Erziehungsdepartement des Kantons Schaffhausen das Grundlagenpapier zur Sportpolitik im Kanton Schaffhausen veröffentlichte. In diesem Konzept legt der Kanton Leitziele und Grundsätze zur Sportpolitik im Kanton fest, die im Internet nachzulesen sind.

Zu den Aufgaben der Gemeinden wird darin Folgendes festgehalten:

Die Gemeinden stellen im Rahmen ihrer Möglichkeiten, zusammen mit dem privatrechtlich organisierten Sport, in der Regel die Grundversorgung für Sporttreibende auf ihrem Gebiet sicher. Der Kanton konzentriert seine Sportförderung auf Belange von überkommunaler Bedeutung, welche die Gemeinden nicht oder nur mit kantonaler Unterstützung wahrnehmen können. Er übernimmt insbesondere Koordinations- und Steuerungsaufgaben.

Tatsächlich ist die Errichtung und Planung von überregionalen Sportanlagen bis heute den Gemeinden überbunden, wobei die Zusammenarbeit mit dem kantonalen Sportamt ausgezeichnet ist. Es kann aber nicht verschwiegen werden, dass die Stadt Schaffhausen als Standortgemeinde vieler überregionaler Sportanlagen für die Realisierung und den Betrieb aufkommen muss. Seitens des Kantons werden hauptsächlich aus dem Sport Toto-Fonds oder - wie bei NASPO - Investitionsbeiträge gesprochen; aber Betriebsbeiträge von Seiten des Kantons für solche Anlagen sind bis dato nicht erfolgt und sind deshalb Bestandteil zukünftiger Verhandlungen, zumal solche Anlagen im Zentrumslastenausgleich nur ungenügend berücksichtigt sind.

Anlagen von überlokaler Bedeutung gemäss Richtplan auf dem Gebiet der Stadt Schaffhausen sind:

- KSS, (einzige Eisbahn, einziges Hallenbad, einzige Curlinghalle im Kanton)
- Leichtathletikanlage Munot
- Fussballstadion
- Schiessanlage Birch
- Geplantes NASPO

Neben diesen Anlagen von überlokaler Bedeutung betreibt die Stadt viele Anlagen von lokaler Bedeutung. Die Idee des Motionärs ein Konzept auszuarbeiten, in welchem die Absichten und Schwerpunkte der städtischen Sportpolitik dargelegt werden, ist unter dem Aspekt der Berücksichtigung der verschiedensten Bedürfnisse der öffentlichen Hand in Bund, Kanton und Gemeinde einerseits und den Ansprüchen seitens des Sports andererseits wohl richtig und macht Sinn.

Die Motionsidee ist aber auch nicht ganz neu. Bereits 1990 reichte der damalige

Grossstadtrat Herbert Bühl einen gleich lautenden, jedoch detaillierteren Vorstoss zum selben Thema ein. Der Stadtrat hielt damals fest, dass die Federführung aus raumplanerischer Sicht beim Kanton liegt. Trotzdem ist die Stadt natürlich verpflichtet, bei der Richtplanung mitzuwirken und die kommunalen Leitideen einzubringen. Indessen soll die Stadt im Sinne einer Ergänzungs- und Detailplanung aktiv werden und nicht parallel zum Kanton Konzepte entwickeln, die womöglich keinen Bezug zur aktuellen Raumplanung haben.

Im aktuellen Vorstoss stellt der Motionär fest, dass die Stadt Schaffhausen über zahlreiche und auch attraktive Möglichkeiten zur sportlichen Betätigung verfügt. Diese Feststellung ist zutreffend und entspricht auch dem Leitbild der Stadt Schaffhausen, wo es heisst: *Die Stadt Schaffhausen hat ein breites Angebot an Freizeitanlagen und Sportstätten.*

Der Ruf nach einem Konzept lässt den Eindruck entstehen, dass in der Vergangenheit keine Grundlagen zur Planung von Sport- und Freizeiteinrichtungen vorgelegen hätten. Dem muss der Stadtrat widersprechen. Innerhalb der Stadtplanung wurden immer wieder detaillierte Bedürfnisnachweise für Sport- und Freizeitanlagen abgeklärt. Dabei wurden Schul- und Vereinssportanlagen untersucht sowie die Entwicklungstendenzen der Haupt- und Ergänzungssportarten in der Zukunft abgeschätzt. Diese Planungsarbeit wurde in den Verwaltungsabteilungen weitergeführt und auf der Stufe der Sachplanung umgesetzt. Auch der Vorwurf, dass das Fehlen eines Konzeptes in den vergangenen Monaten zu einer oft nicht überzeugenden und unklaren Haltung des Stadtrates geführt habe, weist der Stadtrat zurück. So sind verschiedene Planungen Grundlagen für zukünftige Projektierungen und Vorlagen, zum Beispiel Standortevaluation neues Fussballstadion, Fussballplatzkonzept, Spielplatzkonzept, PASS und unterirdische Schiessanlage. In der weit fortgeschrittenen Schulraumplanung - die heute Abend bereits mehrmals erwähnt wurde und die wir jetzt wirklich mit grosser Spannung erwarten - ist die Turnhallenfrage wichtiger Bestandteil. Für die Vorlage NASPO ist eine detaillierte Bedürfnisabklärung gemacht und beschrieben worden.

In Bezug auf die Sportinfrastruktur kann sich der Bestand an Anlagen sehen lassen. Heute steht in der Stadt Schaffhausen eine Vielzahl von Einrichtungen für alle Sportbegeisterten zur Verfügung. So zum Beispiel:

- 14 Turnhallen
- 2 Dreifach-Turnhallen
- 1 polysportive Anlage, KSS
- 1 Kunstturnerhalle
- 1 Schwingerkeller
- 1 Sportanlage (Munot)
- 6 Spiel- und Turnwiesen
- 1 Fussballstadion
- 11 Fussballplätze
- 10 Hartplätze
- 4 Finnenbahnen
- 3 Vita-Parcours
- 3 Schiessanlagen
- 1 Ballett-/Gymnastiksaal

Dazu reichlich Rad- und Fusswege, Gewässeranstoss und Waldgebiete rund um

sämtliche Aussenquartiere zur Ausübung weiterer Sportarten.

Diese Anlagen werden von Vereinen, Organisationen und Einzelpersonen rege genutzt, und immer wieder erbringen Sportlerinnen, Sportler und Vereine Spitzenleistungen, welche auf unsere Stadt aufmerksam machen. Dies aber nicht erst in jüngster Zeit, denn schon vor Jahren und Jahrzehnten war Schaffhausen in den Medien national präsent durch Spitzenleistungen, zum Beispiel in der Leichtathletik, im Pferdesport oder im Fussball. Und so soll es auch weiterhin bleiben.

Tatsächlich fehlt heute ein eigentliches übergreifendes Konzept für Sport- und Freizeitanlagen. Die Stadt hat hier in der Vergangenheit immer den pragmatischen Weg beschritten, um das Mögliche zu erreichen. Schaffhausen hat heute zwar nicht alles Wünschbare an Sportanlagen und Freizeiteinrichtungen, aber es ist über alles gesehen gut mit dem Notwendigen versehen.

Der Stadtrat erachtet das in der Vergangenheit im Bereich der Sport- und Freizeitanlagen angewendete Mittel der rollenden Planung als ein effektives Instrument, mit dem auch neue Bedürfnisse und Anforderungen berücksichtigt werden konnten.

In Zukunft wird es jedoch immer schwieriger werden, sämtliche Bedürfnisse im Sport- und Freizeitbereich abzudecken. Neue Sportarten und neue Freizeitbeschäftigungen, aber auch gesellschaftliche Veränderungen werden dazu führen, dass diese Bereiche einem ständigen Wandel unterworfen sind.

Der Stadtrat ist darum bereit die Motion entgegen zu nehmen. Er will, dass sich auch der Grosse Stadtrat über Fragen wie

- raumplanerische Aspekte
- Finanzierung künftiger Sport- und Freizeitanlagen
- Beitragswesen im Sportbereich
- Nutzungsgebühren von Sport- und Freizeitanlagen

Gedanken macht und sich dazu äussern kann. Wobei aus Sicht des Stadtrates klar festzuhalten ist, dass der Schwerpunkt der städtischen Sportförderung weiterhin beim Junioren- und Breitensport sein wird.

Unrealistisch ist aber die vom Motionär erwähnte Frist, dieses Konzept im Zusammenhang mit der nächsten KSS Vorlage zu unterbreiten; hier bittet der Stadtrat den Motionär, die Fristen gemäss Geschäftsordnung zu akzeptieren, damit der Stadtrat - im Sinne von Ernst Spengler - auch noch Zeit für das Regieren hat.

In diesem Sinne kann der Stadtrat die Motion entgegen nehmen und dankt Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. “

Werner Schöni (SVP)

SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung

”Eigentlich ist gegen diese Motion gar nichts einzuwenden, und dass sie ihre Berechtigung hat, haben wir vorhin gehört. Bereits 1990 wurde eine entsprechende Anfrage gemacht. Obwohl wir in unseren Unterlagen zwar etwas weniger weit zurückblättern, stellten wir trotzdem fest, dass diese Fragen in ähnlicher Form als

Kleine Anfrage auch im Jahre 2004 von Edgar Zehnder gestellt wurden. Es liegt auf der Hand, dass in diesem Gebiet etwas unternommen werden muss. Die Antwort damals tönte gut, insbesondere auch das Leitbild für *Sport + Freizeit in der Stadt Schaffhausen*. Wahrscheinlich ist es an mir vorbeigegangen, aber effektiv gemacht worden ist hier nicht viel.

Für eine Randregion überdurchschnittlich macht Schaffhausen mit sportlichen Erfolgen und Grossereignissen immer wieder positive Schlagzeilen. Es ist deshalb nichts als ein Muss, dass sich diese Region auch politisch zu seinen Sportlern bekennt.

In diesem Sinne unterstützen wir die Forderung nach einem Sport- und Freizeitanlagekonzept sowie nach Unterstützung und Finanzierung. Schön wäre es natürlich, wenn das Leitbild vorhanden wäre und, gerade in der heutigen Zeit, die politische Ebene mit klaren Eckwerten ihre Haltung dargelegt hätte. Die Projekte NASPO und KSS würden es danken. Wir haben soeben erfahren, dass auch die Schiessanlage Birch als Planungsstudie vorhanden ist.

Was ich aufgrund der letzten Voten empfehlen würde, ist, dass sich der SR im Falle einer Überweisung der Motion mit dem Motionär einigen würde, was sie unter einem Sport- und Freizeitkonzept verstehen. Ich glaube, heute Abend in einigen Voten gewisse Differenzen herausgehört zu haben. Für uns ist es eine gute Sache; wie bereits gesagt, die SVP/JSVP/EDU-Fraktion wird die Motion unterstützen. “

Martin Roost (OeBS, parteilos)

OeBS/EVP-Fraktionserklärung

”Diesmal werde ich einige Sätze mehr sagen als vorhin. Die OeBS/EVP-Fraktion befürwortet grundsätzlich die Motion, und wir meinen auch nicht, dass es Sache des Bundes sei, ein solches Konzept zu erstellen.

Eigentlich - und da spreche ich wahrscheinlich vielen Personen in diesem Rat aus dem Herzen - hätte bereits vor Jahren der Vorgänger des jetzigen Sportreferenten und Erfinder des wunderbaren Ausdrucks “Sportstadt Schaffhausen” ein solches Konzept initiieren wollen. Hat er aber nicht. Wir sehen aber auch die Komplexität und die Problematik, beziehungsweise die Herausforderung, ein zukunftstaugliches, umsetzbares und vor allem anwendbares Sport- und Freizeitanlagenkonzept zu erstellen, da die Stadt, beziehungsweise der Grosse Stadtrat immer wieder neuen Bedürfnissen, sei dies von Einzelpersonen, lokalen Vereinen oder nationalen Verbänden, ausgesetzt ist.

Wichtig für unsere Fraktion erscheint, dass ein solches Konzept vor allem die Absicht festlegt, den Bedürfnissen des Breitensports Rechnung zu tragen. Wir denken hier besonders an die Vereine, welche vorbildliche Junioren- und Nachwuchsförderung betreiben. Aus diesem Grund sollten unbedingt genügend Breitensportangebote in den Quartieren erhalten bleiben. Dies ist nämlich ein wichtiger Bestandteil von Wohnqualität.

Es fällt einmal mehr auf, wie eng ein Sportkonzept auch mit anderen Themen der Politik - ich denke dabei an mein Lieblingsthema Schulraumplanung - oder mit dem Zukunftsprojekt PASS verknüpft ist und nicht sozusagen losgelöst geschrieben werden kann. Sportanlagen kosten oder - im Fall Breite - bringen Geld. Sie benötigen aber vor allem Platz. Und hier wird in den nächsten Jahren der Druck auf die

bestehenden Sportplätze in den guten Wohnquartieren zunehmen.

Aus diesem Grund befürworten wir den Vorschlag des Motionärs, klare Leitlinien, politische Absichten und Schwerpunkte zugunsten des Sportes in dieser Stadt zu setzen.

Es wird immer schwieriger, meinen Kindern zu erklären, warum jetzt dann auf der Breite der Fussballplatz verschwindet, beziehungsweise überbaut wird und das Museum für ausgediente Armeewaffen aber bleiben darf. “

Urs Tanner (SP)

SP/AL-Fraktionserklärung

”Nach so viel Einigkeit, freut es mich, Ihnen die relativ gespaltene Meinung der SP/AL-Fraktion kund zu tun. Dass Peter Käppler heute Abend dreimal am Pult stehen durfte, hat mit Vetterliwirtschaft nichts zu tun. Es hat aber damit zu tun, dass der Sportreferent das 50%-Pensum Bau und Sport eben sehr gut und zu hundert Prozent ausfüllt. Dies muss an dieser Stelle auch einmal gesagt werden.

Als Redner bevorzugt Raphaël Rohner die Marathondisziplin - was heute Abend eindrücklich bewiesen wurde - ich persönlich bevorzuge immer noch den schnellen Hundertmetersprint und werde mich deshalb kurz fassen.

Die FDP ist leider nicht die Partei, welche mit der Unterstützung unserer Vorstösse glänzt (siehe Protokolle von 1945 bis 2007). Anders unsere Fraktion - wo ein Pass so vorgelegt wird, dass er nur noch “eingeköpfelt” werden kann - , die auch Flanken von der falschen Seite, nämlich von rechts, unterstützt.

Die Anliegen des Motionärs vermag die Hälfte unserer Fraktion zu überzeugen, sie werden zustimmen. Für die andere Hälfte - hier werden sich noch andere ausführlicher wie ich als Hundertmetersprinter zu Worte melden - ist der Motionär aber zu spät. Ausserdem soll die Sportplanung per Definition flexibel sein und ist somit mit dieser Motion nicht abzudecken. Ich hoffe, Ihnen damit die Haltung der SP/AL-Fraktion dargelegt zu haben und danke Ihnen für einen dreissig Minuten Schlusssprint bis ins Ziel. “

Peter Neukomm (SP)

Votum

”Wir haben heute Abend viele positive Absichten der Motionäre gehört, wenn es um die Unterstützungsmöglichkeiten der sportlichen Infrastruktur geht. Ich hoffe, dass diese Motion der Ausdruck eines Schwenkers ist, und man jetzt nicht immer nur auf die Bremse steht. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Sanierung der städtischen Turnhallen, welche die FDP abgelehnt hat. Ich hoffe, dass damit eine gemeinsame Stossrichtung in diesem Saal gefunden wird.

Ich gehöre eher zur skeptischen Hälfte unserer Fraktion, vor allem im Hinblick auf die anstehenden Grossprojekte - wie zum Beispiel KSS und NASPO - von denen zwei in der Zielgerade stehen. Es ist schade, dass dieser Vorstoss leider zu spät kommt und - wie vom Baureferenten ausgeführt - seinen Ansprüchen nicht mehr gerecht werden kann, weil die Zeit zur Erarbeitung von Konzepten einfach fehlt. Wir haben konkrete Projekte vorliegen, die teilweise politisch realisierungsfähig sind und unter Zeitdruck stehen. Da braucht es Taten und Handeln und keine Konzepte.

Peter Käßler hat sehr schön dargelegt, dass ein solches Sport- und Freizeitanlagenkonzept auch von der Exekutive sehr gut abgewogen werden muss, da auch einige Fussangeln bestehen, wenn man sich bei der Sportförderung auf einzelne, zu fördernde Sportarten konzentrieren will. Ich sehe hier die Gefahr, dass einzelne Sportarten gegeneinander ausgespielt werden könnten, was ich sehr schade fände.

Ich hoffe, dass bei einer Überweisung der Motion - was diese hoffentlich auch heute Abend wird - das Konzept relativ offen bleibt, und die Flexibilität der Exekutive und von uns gewährleistet wird, um auf neue Entwicklungen reagieren zu können. Es können sich durchaus im Bereich des Breitensports, aber auch im Spitzensport, neue Entwicklungen ergeben und einen plötzlichen Boom auslösen, die grosse Massen von Jugendlichen und Kindern erfasst. Wir müssen in der Lage sein, darauf zu reagieren.

Ich möchte nochmals festhalten, dass es in dieser Stadt nicht an einem fehlenden Sportkonzept liegt. Das Übel in dieser Stadt ist die jahrzehntelange Vernachlässigung der Infrastruktur und dass über Jahrzehnte zu wenig Investitionen getätigt wurden, weil man auf der Bremse stand. Den heutigen Sportreferenten trifft aber keine Schuld. In diesem Sinn brauchen wir nicht primär Konzepte, sondern Geld, um diese Versäumnisse zu bereinigen.

Ich finde es peinlich, wenn der Schulinspektor die Stadt jedes Jahr mahnen muss, dass man beispielsweise nicht einmal in allen Schulhäusern die gesetzlich vorgeschriebenen Turnstunden abhalten kann, und die Turnhallensanierungen über fast 10 Jahre erstreckt werden, nur um so wenig Geld wie möglich in die Hand nehmen zu müssen. Es wäre wichtiger, hier einen Kontrapunkt zu setzen und schnell diese teilweise marode Infrastruktur zu sanieren. Das wissen Sie ja alle, die Objekte sind Ihnen allen bekannt. Wir kennen die Problematik zur Genüge. Es fehlen Hallenkapazitäten, die Infrastruktur in Turnhallen ist nicht gut, und wir haben zu wenig Fussballplätze. Die KSS muss dringend saniert werden. Wir benötigen politische Entscheide und Taten. Der pragmatische Weg, den der SR in jüngster Zeit beschritten hat, ist wirklich lobenswert; er hat das Bestmögliche gemacht. Die Altlasten müssen jetzt so schnell wie möglich überwunden werden. Das erscheint mir wichtig.

Wir sehen uns bald wieder in diesem Rat, wo wir Tatbeweise erbringen können. Ich verweise auf das Schlusswort des letzten Traktandums von Ernst Spengler und möchte nicht mehr länger werden. Ich finde die positive Haltung der Motionäre zur sportlichen Infrastruktur begrüssenswert und werde deshalb dem Motionär das Schlusswort lassen. "

Gertrud Distel

Votum

"Um es vorweg zu nehmen, die CVP unterstützt die Motion von Raphaël Rohner. Auch wir sind der Meinung, dass mit einem Sport- und Freizeitkonzept klare Richtlinien aufgezeigt werden sollen. Der CVP ist es wichtig, dass für den Breitensport, hauptsächlich aber für den Jugendsport, von Seiten der Stadt genügend Unterstützung geboten wird. Klar scheint uns aber auch, dass die Stadt nicht vollumfänglich für Einzel- und Spitzensport zuständig ist, sondern dass dort auch private Sponsoren gesucht werden müssen. "

Edgar Zehnder (SVP)**Votum**

„Ich werde die Motion von Raphaël Rohner sicher auch unterstützen. Zu gewissen Äusserungen möchte ich noch kurz Stellung nehmen. Ich kann Peter Neukomm mehrheitlich beipflichten. Mühe hatte ich dagegen mit den Aussagen von Martin Roost. Es ist natürlich nicht so, dass der Vorgänger nichts gemacht hat, und er ist auch nicht auf die Bremse getreten. Wer Werner Schöni genau zugehört hat, konnte erfahren, dass es bereits ein Leitbild gibt, mindestens ich habe es. Aber vielleicht bin ich neben dem Stadtrat der einzige, der dieses hat. Vermutlich ist es am Verstauben oder unbrauchbar. In der Antwort auf meine Kleine Anfrage im März 2005 hat SR Peter Käppler den Betrag von Fr. 8'000.-- als Kosten für das Leitbild erwähnt und dass er dieses bringen möchte. Daraus zitiere ich wie folgt:

In Zusammenarbeit mit der Sportkommission ist ein Leitbild für Sport und Freizeit in der Stadt Schaffhausen ausgearbeitet worden. Dieses liegt im Entwurf vor und ist vom SR in einer ersten Lesung verabschiedet worden. Unter Beizug der neu gewählten Sportkommission soll es im Laufe des Jahres fertig gestellt werden. Neben möglichst günstigen Bedingungen für die Sportvereine sowie für die Individualsportlerinnen und -sportler müssen auch die finanziellen Möglichkeiten der Stadt mit einbezogen werden. Dazu sollen auch die Leistungen der Stadt im Bereich des Sports transparenter gemacht werden. Die Zuständigkeit für dieses Leitbild liegt abschliessend beim Stadtrat. Es wird dem Grossen Stadtrat, wie schon das Integrationsleitbild und das Jugendleitbild zur Kenntnisnahme zugestellt. (Antwort des SR mit Datum 22.03.05)

Dies war vor rund zweieinhalb Jahren, vielleicht habe ich ja das Leitbild nicht erhalten. Bei einer Überweisung der Motion hat der SR jetzt wiederum mindestens die lange Zeit von drei Jahren Zeit, etwas zu tun. Davor habe ich Angst. “

Christian Hablützel (SP)**Votum**

„Raphaël Rohner hat heute vollumfänglich Recht, und ich werde ihn vollumfänglich in seinen Bemühungen unterstützen. Erlauben Sie mir eine Bemerkung zum Verhältnis der FDP zu Konzepten: Es ist heute nicht nur ambivalent, sondern auch widersprüchlich. Eine Verifizierung dieser Aussagen anhand einer systematischen Analyse der heutigen Voten würde der Lateiner mit der Bemerkung „quod erat demonstrandum“ quittieren. Ermöglichen und begrenzen ist wahrscheinlich mit Sicherheit ein Paar, und wir werden uns in der Politik immer mit diesen beiden Dimensionen auseinander setzen müssen. Ich wünsche uns dazu fruchtbare Diskussionen. “

Kurt Zubler (SP)**Votum**

„Edgar Zehnder scheint als einziger einen privilegierten Zugang zur damaligen Kommission zu haben. Eigentlich wollte ich die Motion im Sinne des Votums von Ernst Spengler bezüglich der „Konzeptionitis“ ablehnen.

Die Voten des Motionärs, des Stadtrates und auch die Diskussion heute Abend haben mich überzeugt und zu einer anderen Haltung gebracht. Ich möchte noch anfügen, dass mich der Wunsch der Motion - wie ihn Raphaël Rohner präsentiert hat - mit seiner Fokussierung auf Sportanlagen, Finanzplanung und Raumplanung überzeugt hat. Ich möchte den SR bitten, das Ganze nicht noch zusätzlich mit einer Sportförderung oder gar einer Gebührenverordnung zu belasten, sodass es am Ende

eine nicht mehr bewältigbare "Riesenkiste" gibt, die zu viele verschiedene Ebenen miteinander verknüpfen will. Ich werde der Motion im Sinne der Ausführungen von Raphaël Rohner zustimmen. "

Dr. Raphaël Rohner (FDP)

Votum

"Das Zitat von Christian Hablützel würde der Lateiner umgangssprachlich mit „*eheu, er stimmt zu*“ kontern. Ich danke Ihnen für die konstruktive Diskussion. Es wurden auch seitens des Stadtrates verschiedene zusätzliche Aspekte eingebracht. Ich möchte betonen, dass ich nicht eine Konzeptionslosigkeit kritisiert habe, sondern meine Motion aufgrund der Vielzahl der anstehenden Projekte und aufgrund der finanziellen Lasten, die auf uns zukommen werden und können, lanciert habe.

Gleichzeitig möchte ich auf etwas hinweisen, was mir Stadtpräsident Marcel Wenger laut zugeflüstert hat, nämlich dass die Stadt auch Zeiten der Rezessionen gehabt habe. Dies muss berücksichtigt werden, wir hatten lange Jahre sehr wenig Geld zur Verfügung. Jetzt geht es uns besser, und es macht Sinn, in diesem Bereich - gestützt auf ein sauberes Konzept - etwas grosszügiger zu sein, selbstverständlich vernünftig und selbstverständlich auch unter Einbezug der privaten Sponsoren und des mir persönlich wichtigen Breitensports, der gesellschafts- und gesundheitspolitisch sehr viel bringt.

Ich verzichte auf weitere Ausführungen und signalisiere abschliessend, dass ich keine Frist gesetzt habe, sondern nur "wünschenswert" - Peter Neukomm hat auch darauf hingewiesen. Ich gehe nicht davon aus, dass der Wunsch ein Befehl sei, aber immerhin, dass er erhört werde. "

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat erklärt in der Schlussabstimmung die Motion vom 19. Juli 2007 mit 42 : 0 Stimmen erheblich.

Das Geschäft ist erledigt.

Marcel Wenger (Stadtpräsident)

Stellungnahme

"Der Stadtökologe wurde wegen seines Hausbaus persönlich zitiert, und ich habe mich wie folgt erkundigt: Aufgrund der Grösse der Parzelle hat er eine kleine Wunschstätte bauen müssen. Sie ist aufgrund seiner Äusserungen durchaus minergietauglich, weist einen K-Wert auf, der im minergietauglichen Bereich liegt, und hat eine Isolation von 16cm. Das Haus verfügt weiterhin über eine solare Wasservorwärmanlage auf dem Dach und ist mit A Label-Geräten ausgerüstet, hat keine Garage, sondern einen Veloabstellraum und einen Garten ohne invasive Neophyten (Anmerkung der Redaktion: Gebietsfremde nach 1492 in Europa eingeführte und sich auf das einheimische Ökosystem negativ auswirkende Pflanzen, zum Beispiel Ambrosia), der mit einer Regenwassernutzung getränkt wird.

Das ist eine kurze Darstellung, worauf der Stadtökologe auch das Recht hat, weil er persönlich angegriffen wurde. Im Übrigen würde ich mich freuen, mit Walter Hotz zusammen in meinem Smart zu fahren; wir könnten stundenlang über diese Themen diskutieren. Meine Eigentumswohnung hat keinen Minergiestandard, aber ich fühle mich trotzdem wohl darin. "

SCHLUSSWORT DES PRÄSIDENTEN

Es sind keine neuen Geschäfte eingegangen.

Die **nächste Ratssitzung** findet am Dienstag, 27. November 2007, um 16.00 Uhr als Doppelsitzung statt. Sie wird um 18.00 Uhr für eine Stunde unterbrochen. Ab 19.00 Uhr findet der zweite Teil der Verhandlungen statt.

Der **Ratspräsident** beendet die Sitzung um 19:22 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring-Hirt

Schaffhausen, 27.11.07